


197. Sitzung, Montag, 15. Dezember 2014, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 13602
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 13602
- Einreichung von KEF-Erklärungen Seite 13602

2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2015 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2015–2018 (KEF 2015) (Ausgabenbremse)

 Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2014
 Nachtrag vom 29. Oktober 2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2014

5124b
(Fortsetzung der Beratung vom 9. Dezember 2014)..... Seite 13603
Verschiedenes

- Weihnachtsgeschenk der EDU an alle Anwesenden Seite 13629
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Fraktionserklärung der EDU zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich Seite 13630*
 - *Fraktionserklärung der SVP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich Seite 13631*
 - *Fraktionserklärung der EVP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich Seite 13632*
 - *Fraktionserklärung der SP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich..... Seite 13633*

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zwei Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 224/2014, Ermittlungen im Bereich italienische organisierte Kriminalität
Philipp Kutter (CVP, Wädenswil)
- KR-Nr. 237/2014, Erhaltung wertvoller Industriezeugen
Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau)

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates sind ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 191. Sitzung vom 24. November 2014, 14.30 Uhr
- Protokoll der 193. Sitzung vom 8. Dezember 2014, 8.15 Uhr

Einreichung von KEF-Erklärungen

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Dann noch ein wichtiger Hinweis: Heute Vormittag bis zum Ende der Sitzung, bis zum Glockenschlag, haben Sie Gelegenheit, Ihre KEF-Erklärungen noch beim Ratssekretariat einzureichen. Nachher ist Schluss damit.

2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2015 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2015–2018 (KEF 2015)
(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2014, Nachtrag vom 29. Oktober 2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2014 **5124b**

(Fortsetzung der Beratung vom 9. Dezember 2014)

6 Gesundheitsdirektion

Leistungsgruppe 6400, Psychiatrische Versorgung

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -216'111'000

neu: Fr. -212'520'000

Verbesserung: Fr. 3'591'000

54. Antrag FIKO:

Verbesserung: Fr. 591'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u.a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwandes pro Vollzeitstelle zwischen 2014 und 2015 die Vorgaben der Regierung von 0,2% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsgrundlage sind die ausgewiesenen Stellen 2015 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle 2014 von 98'000 Franken (gemäss Tabelle 2, Seite 534 KEF).

54a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kaiser (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 54 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 54a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 81 : 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

55. Antrag KSSG / FIKO:

Verbesserung: 3'000'000

Kostenpauschale-Anstieg um 3 Mio. Franken verringern.

Eva Gutmann (GLP, Zürich), Präsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass auch die Psychiatrie einen Anteil am Sparantrag leisten muss. Nach Ansicht der Kommissionsminderheit sollten über das Effizienzverbesserungsprogramm «Psyfit» keine zusätzlichen Einsparungen bei der psychiatrischen Versorgung vorgenommen werden. Die KSSG beantragt Ihnen, dem gemeinsamen Antrag der Kommission und der FIKO zuzustimmen.

55a. Minderheitsantrag Kathy Steiner, Angelo Barrile, Kaspar Büttiker, Erika Ziltener (KSSG):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Kathy Steiner (Grüne, Zürich): Diese Leistungsgruppe beinhaltet ausschliesslich die Kostenanteile, die der Kanton zu tragen hat für die stationären Behandlungen von Zürcher Patientinnen und Patienten in psychiatrischen Kliniken. Der Aufwand ist direkt und ausschliesslich abhängig von der Anzahl und der Schwere der Fälle. Es sind vollumfänglich gebundene Ausgaben, es gibt da keinen Anteil an «Nice-to-have», auf welche verzichtet werden könnte. Gegenüber dem Vorjahresbudget legt uns der Regierungsrat bereits eine Saldoverbesserung von 2 Millionen Franken vor. Die psychiatrischen Kliniken sind damit eh schon gezwungen, jedes Jahr noch effizienter zu arbeiten. Im Klartext heisst das: Jedes Jahr noch mehr Stress und Arbeitsdruck für das Personal. Mit diesem Sparantrag setzen die Antragsteller einmal mehr auf das Prinzip Hoffnung. Sie haben zwar gerade vor fast einer Woche die Gelder für die Prävention gestrichen, aber sie glauben fest daran, dass es – aus welchen Gründen auch immer – in der Zukunft dann schon weniger stationäre Behandlungen braucht. Dieser Sparantrag ist

mit keinerlei Sparauftrag verbunden, schlicht und einfach, weil die Gesundheitsdirektion gar keine Sparkompetenz hat. Es ist reine Budgetkosmetik und wir wissen alle, dass zu viel Kosmetik selten ein gutes Resultat bringt. Wir bitten Sie deshalb, diese unschöne Beschönigung nicht zu unterstützen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Die psychiatrische Versorgung im Kanton Zürich ist gut und patientengerecht, das stellt die Gesundheitsdirektion selber fest. Gleichzeitig erleben wir aber eine hohe Wachstumsdynamik in den Fallzahlen. Belastungsabhängige psychische Erkrankungen, wie Depressionen und Burnouts, seien ebenfalls deutlich am Zunehmen. Einen Anstieg der Patientenzahlen gibt es auch in den Kategorien mit unklarer Kausalität und unspezifischen Symptomen, wie Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit etc. Die Frage muss deshalb erlaubt sein, ob es auch in solchen Fällen eine spezifisch psychiatrische stationäre Betreuung benötigt oder ob es sich allenfalls nur ... *(Die Votantin wird durch ein schrilles Pfeifkonzert von Besuchern auf der Tribüne, die ein Transparent entfalten, unterbrochen.)*

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich bitte Sie, dieses Transparent sofort zu entfernen. *(Von der rechten Ratsseite wird «Räumen!» gerufen.)* Und ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. *(Die Angesprochenen verlassen die Tribüne.)* Wir fahren fort mit den Beratungen, Linda Camenisch, Sie haben weiter das Wort. Ich darf Sie um Ruhe bitten nach dieser Störung und um Aufmerksamkeit für Linda Camenisch.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Die Frage muss deshalb erlaubt sein, ob es auch in solchen Fällen eine spezifisch psychiatrische und stationäre Betreuung benötigt oder ob es sich allenfalls «nur» – und dieses «nur» in Anführungs- und Schlusszeichen – um psychiatrische Symptome in ausserordentlichen Situationen handelt, welche einer niederschwelligeren Art der Behandlung bedürfen. Gemäss Aussagen von medizinischen Fachexperten gibt es heute nicht so viel mehr psychisch kranke Personen, wie dauernd proklamiert, aber die vorhandenen Angebote werden zahlreicher genutzt. Gerade bei Kinder und Jugendlichen stellen kritische Fachleute und besorgte Eltern eine eigentliche Diagnosewelle fest und gemäss diesen wird hier auch oft übertherapiert, Stichwort Ritalin. Die vorhandenen finanziellen Mittel sollen qualitativ hochwertigen, effizienten und zweckmässigen Methoden

zufließen. Der Ressourceneinsatz muss so gesteuert werden, dass mit diesen Mitteln ein maximaler Nutzen erzielt werden kann. Die angebotenen Leistungen müssen nicht nur in ihrer Wirksamkeit, sondern auch in ihrer Effizienz und Nachhaltigkeit überprüft und belegt werden.

Mit der Verringerung der Kostenpauschale um 3 Millionen Franken wird dem Ziel der Effizienzverbesserung mehr Nachdruck verliehen. Danke.

Angelo Barrile (SP, Zürich): Eigentlich haben wir es gehört, es geht um gebundene Ausgaben. Die kann man nicht kürzen, es ist Budgetkosmetik. Und trotzdem hat mich meine Vorrednerin jetzt herausgefordert, denn so viel Unkenntnis, finde ich, muss man sich widersetzen. Gerne würde ich von Linda Camenisch hören, welche Fachpersonen behaupten, es gebe eine Übertherapierung in der Psychiatrie und es würden Bagatellfälle psychiatrisiert. Es ist eher umgekehrt, dass sehr viele psychiatrische Diagnosen lange nicht erkannt und zu wenig therapiert werden, eben gerade Kopfschmerzen, Rückenschmerzen und so weiter. Und wenn sie sagt, da könne man gut sparen und diese Leute sollten halt nicht in die Psychiatrie, sondern irgendwo anders hin, dann ist das mehrheitlich wirklich widerlegt. In wenigen Jahren wird die häufigste Diagnose «Depression» sein, weltweit. Die psychischen Krankheiten nehmen vielleicht nicht in der Anzahl zu, aber in der Härte und vor allem in den Fällen, die dann nicht mehr arbeiten können. Es ist also ein volkswirtschaftlicher Faktor, der sehr wichtig ist. Hier zu sparen, ist – ausser dass es Budgetkosmetik ist – ziemlich blind.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Das Stichwort ist gefallen: Unkenntnis der Materie. Linda Camenisch, Ritalin wird beinahe nur ambulant und nicht stationär verwendet, hat also sicher nichts Relevantes zu diesem Kostenposten zu sagen. Zweitens: Wir lehnen ab, weil es keine Logik dahinter gibt. Wir hätten auch in der Akutsomatik genau gleich den Rotstift ansetzen müssen, was wir nicht gemacht haben, weil das Wachstum im Jahr 2015 – prognostiziert – relativ klein ist. Ich muss aber sagen: Im KEF 2016 und 2017 haben wir ein deutliches Wachstum, und zwar deutlich über dem Wachstum, das durch die Erhöhung des kantonalen Anteils von 51 auf 53 und 55 Prozent verursacht wird. Dort wird ein Wachstum prognostiziert, und zwar ist das

auf technischen Fortschritt zurückzuführen. Technischer Fortschritt bedeutet nicht einfach automatisch nur Kostenwachstum, da muss DRG (*Diagnosis Related Groups*), da muss unser Gesundheitsdirektor als Präsident der DRG aktiv werden. Es gibt Budgetposten beziehungsweise DRG, die mit dem Fortschritt gesenkt werden können, das zeigt uns zum Beispiel die Entwicklung im Medikamentenbereich, dort sind die Preise schon lange sinkend. Auch andere technische Utensilien, die wir kennen, Computer, HiFi und so weiter, dort gehen, je weiter die Technik geht, die Preise runter. Wir werden also den Rotstift erst 2016/2017 ansetzen, wir belassen das Budget so, wie es vorgeschlagen ist.

Regierungsrat Thomas Heiniger: Sie entnehmen es dem Budgetentwurf, der Saldo in dieser Leistungsgruppe reduziert sich bereits um rund 2,5 Millionen Franken, wenn Sie das Budget 2014 mit dem Budget 2015 vergleichen. Das sind die Erfolge des Projektes «Psyfit», diese Verbesserung um rund 2,5 Millionen Franken. Die kantonalen Kliniken zeichnen sich durch eine hohe oder durch eine gesteigerte Effizienz aus und auch durch eine sehr, sehr akzentuiert verfolgte Politik «ambulant vor teilstationär und vor stationär». Vor diesem Hintergrund erachten wir eine weitere Kürzung von 3 Millionen Franken als nicht sachgerecht und auch nicht als umsetzbar. Sie haben es auch gehört, der grösste Teil des Budgets dieser Leistungsgruppe geht auf den Anteil des Kantons an den Fallpauschalen zurück. Gemäss KVG (*Krankenversicherungsgesetz*) muss die öffentliche Hand diesen Anteil übernehmen. Die beantragte Kürzung würde nichts an dieser Verpflichtung ändern, es besteht hier kein Spielraum in der Verpflichtung, für kantonale oder auch ausserkantonale Aufenthalte von Zürcher Patientinnen und Patienten aufzukommen. In diesem Bereich hat der Kanton Zürich keinen Handlungsspielraum, weshalb die beantragte Kürzung nicht umgesetzt werden kann. Sie zeigen sich besorgt über den Anstieg der Fallzahlen, gleichzeitig kürzen Sie aber auch Angebote im Präventionsbereich und stellen keine Mittel für Aktionen im Bereich beispielsweise der Suizidprävention zur Verfügung. Sie verhalten sich also mit Ihren vielseitigen Sparanträgen sehr widersprüchlich, und das bedaure ich. Sie sollten sich auf Aktionen konzentrieren, die uns helfen, stationäre oder ambulante Betreuung zu vermeiden. Das ist eben der Wert der Prävention, dort zeigen Sie aber kein Verständnis. Die Folge davon sind zweifellos vermehrt ambulante und stationäre Betreuungen. Hier liesse sich dank Prävention bestens Geld sparen.

Ich ersuche Sie, diesen Antrag nicht zu unterstützen und das Budget zu belassen, wie es Ihnen die Regierung beantragt. Danke.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 55 der KSSG/FIKO wird dem Minderheitsantrag 55a der KSSG gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der KSSG/FIKO mit 87 : 64 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 3'000'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 6700, Beiträge an Krankenkassenprämien

56a. Minderheitsantrag Willy Haderer, Hansruedi Bär, Ruth Frei, Walter Isliker (KSSG):

Verbesserung: Fr. 14'300'000

Festlegung Kantonsanteil auf 80% des Bundesbeitrages.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Die Krankenkassenrückerstattung ist ein typisches Beispiel, wie wir in den letzten Jahren ständig unsere Sozialkosten vervielfacht haben. Damit machen wir einen Drittel unserer Bevölkerung zu Fürsorgeempfängern, das müssen Sie sich einfach bewusst sein. Und wir haben über eine Volksabstimmung festgelegt, dass mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrags vom Kanton Zürich an die Bezüger ausgerichtet werden. Wir stellen in den letzten Jahren aber fest, dass dies nie eingehalten wurde. Sie argumentieren natürlich mit «mindestens» heisst, es könnte mehr sein. Aber ich glaube, genau das ist der Punkt. In einer finanziellen Situation, wie der Kanton Zürich heute steht, kann es nicht einfach überall noch etwas mehr sein, vor allem nicht hier bei diesen Soziallasten. Wenn es heisst «mindestens 80 Prozent», dann heisst dies auch, dass man vom Regierungsrat 14,3 Millionen zu hoch eingesetzt hat, um diese Krankenkassenprämien rückzuvergüten und damit diese grosse Zahl der Bevölkerung hier in ein Unterstützungsverhältnis zu bringen. Es ist eigentlich unwürdig für einen Staat, in einer solchen Situation fast einen Drittel der Bevölkerung unterstützen zu müssen. Dann stimmt irgendetwas nicht, dann stimmt mit den Kosten, die generiert werden, ganz klar die Verhältnismässigkeit nicht mehr. Das ist das Problem, das wir hier wieder monieren müssen und zu dem wir sagen müssen: Wenn vom Kanton schon kaum ein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden kann, dann kann es nicht sein, dass noch mehr solche Ausga-

ben getätigt werden, als dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Deshalb bitte ich Sie, diese 14,3 Millionen zu kürzen. Wir erfüllen damit die gesetzlichen Grundlagen absolut. Ich danke Ihnen.

Emy Lalli (SP, Zürich): Es kommt mir vor, als ob es die SVP so richtig reizt, denjenigen Gelder zu streichen, die eh am wenigsten haben. Sie haben bereits das Sozialhilfebudget gekürzt und nun wollen Sie auch noch bei der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) den Rotstift ansetzen. Und gleichzeitig stellen Sie Antrag, dass die Gebühren für Transportunternehmen gesenkt werden. Ihr Motto ist: Den Gutverdienenden wird gegeben, den Schlechtverdienenden wird genommen. Willy Haderer, Sie haben es selbst erwähnt, der Bund schreibt vor, dass der Anteil des Kantons mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrages entsprechen muss. Und man darf auch mehr und man muss mehr im Kanton Zürich, denn es ist ja so: Bei den Sozialhilfeempfängenden wird die Prämie übernommen, das ist gesetzlich vorgeschrieben. Bei der Verlustscheinabgeltung sind von Bundesrechts wegen pauschal 85 Prozent der unbezahlten Prämien und Kostenbeteiligung zu finanzieren. Und bei den Beziehenden von Zusatzleistungen ist eine Pauschale in der Höhe der regionalen Durchschnittsprämien auszuzahlen. Vor allem in diesem Bereich, das wissen wir, steigen die Prämienübernahmen überdurchschnittlich. Prämien von Kindern aus Familien mit bescheidenem Einkommen sind um mindestens 85 Prozent zu verbilligen und jungen Erwachsenen in Ausbildung wie Kindern aus Familien mit mittleren Einkommen ist eine Verbilligung von mindestens 50 Prozent zu gewähren. Dazu kommt, dass die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat im Jahre 2009 beschlossen hat, die Abgeltung von rund 6 Millionen Franken an die SVA (*Sozialversicherungsanstalt*) aus dem Topf der Prämienverbilligung zu berappen. Ja, Willy Haderer, das sind alles gesetzliche Vorgaben, die der Kanton einhalten muss, ob er will oder nicht, und auch die SVP muss dies einhalten. Wenn Sie etwas ändern wollen, dann müssen Sie die Bundesgesetzgebung ändern, aber Sie können nicht einfach so «Handgelenk mal Pi» im Budget eine Kürzung vornehmen, die gar nicht umsetzbar ist. Ich hoffe, dass mit Ausnahme der SVP die anderen Fraktionen besser in Mathematik sind und diesen Antrag ablehnen.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Alle Jahre wieder kommt dieser Antrag von der SVP. Auch dieses Jahr wird die EDU mit dem

Regierungsantrag stimmen und den Kürzungsantrag auf dem Rücken der sozial schwächeren Einwohner des Kantons ablehnen. Danke.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Fraktion der Grünen, AL und CSP lehnt den Minderheitsantrag von Willy Haderer ab. Bei der Individuellen Prämienverbilligung wurde in der Volksabstimmung von 2011 schon massiv gespart. Der Zürcher Anteil gegenüber dem Bundesbeitrag wurde von 100 Prozent auf 83 Prozent gekürzt. Diese Kürzung geht übrigens zurück auf eine KEF-Erklärung von Willy Haderer, deshalb haben wir heute diese 83 Prozent. Eine weitere Sparmöglichkeit ist heute kaum mehr möglich, wenn nicht das ganze System infrage gestellt werden sollte. Ein Grossteil der IPV-Gelder von Bund und Kanton wird heute gar nicht für die individuelle Prämienverbilligung verwendet, sondern dient der Prämienübernahme für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen und von sozialer Hilfe. Deshalb besteht heute bei der IPV für Sparmöglichkeiten kein Spielraum mehr. Hinzu kommt, dass das ganze System gewissen gesetzlichen Restriktionen unterliegt. 30 Prozent der Erwachsenen mit tiefen Einkommen sowie 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben ein Anrecht auf individuelle Prämienverbilligungen. Und dieses System ist nicht unwürdig, sondern dieses System wurde bei der Revision des KVG (*Krankenversicherungsgesetz*) 1996 eingeführt, weil man vom Giesskannensystem weggegangen ist. Bei der Krankenkassenprämie haben wir ein unsoziales Kopfprämiensystem und mit der IPV wird dieses System sozial wenigstens ein bisschen abgemildert. Kurz: Wenn gespart werden soll, dann könnte dies einzig bei der Prämienübernahme geschehen. Der Erfolg dieser Übung wäre dann, dass ein Teil der Kosten, die eingespart werden, innerhalb des Kantons auf ein anderes Konto verschoben werden müsste. Ein anderer Teil der weggesparten Gelder müsste dann auf die Gemeinden überwältzt werden. Besten Dank.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion steht hinter diesem System. Sie unterstützt die Prämienverbilligung und ist der Meinung, dass die Hilfe für die Schwächsten eine Notwendigkeit ist, die wir nicht infrage stellen. Die EVP wird entsprechend die Kürzung nicht unterstützen. Und Willy Haderer muss ich zurufen: Wenn du das System ändern möchtest, mach doch einen Vorstoss. Dann können wir grundsätzlich darüber debattieren, aber ich finde es immer ein bisschen schwierig, wenn wir übers Budget versuchen, Vorgaben, die wir

erlassen haben, die wir beschlossen haben, dann einfach so zu ändern.
Danke.

Regierungsrat Thomas Heiniger: Von der Vertreterin und den Vertretern des Mehrheitsantrags wurde zutreffend gesagt, was es zum System der Prämienverbilligung vernünftigerweise zu sagen gibt. Ich vertraue auf eine vernunftorientierte Mehrheit hier im Rat und verzichte auf weitere Ausführungen. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 56a mit 113 : 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 6900, Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir haben somit die Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion durchberaten und ich verabschiede bei dieser Gelegenheit den Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger. Bevor wir zur Bildungsdirektion kommen, gebe ich das Wort an Peter Ritschard, Zürich.

Antrag auf Rückkommen

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Antrag auf Rückkommen: Im Namen der Fraktionen von EVP, BDP, EDU, GP (*Grüne Partei*), CSP, AL und SP beantragen wir

Rückkommen auf das Konto 3100, Kantonspolizei, Streichung von 2,732 Millionen Franken.

Seit der Streichung des Betrages hat sich unter anderem bei den chaotischen Demonstrationen in Zürich gezeigt, dass Sicherheit nicht einfach gegeben ist. Wer Sicherheit will, muss für diese Sicherheit auch die notwendigen Kräfte und Finanzen zur Verfügung stellen. Ein Rückkommen auf das Konto und den Kürzungsbeschluss ist deshalb neu zu diskutieren.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Peter Ritschard hat im Namen der EVP-Fraktion und der Fraktionen von BDP, EDU, GP und SP einen Rückkommensantrag gestellt. Dazu braucht er 20 Stimmen. Das Wort zu diesem Rückkommensantrag wird noch gewünscht.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ich bitte Sie, auf dieses Rückkommen zu verzichten. Auch wir seitens der SVP verurteilen selbstverständlich die Ausschreitungen in Zürich vom vergangenen Freitag aufs Schärfste. Und wir bedauern auch die zulasten von Privatpersonen und Geschäften angerichteten Schäden in Millionenhöhe. Einmal mehr hat aber eben – und das muss ich hier ganz deutlich sagen – die linke Politik Täterschutz betrieben und gerade mal vier Personen festgenommen. Wenn nun die linke Ratsseite diese von linksautonomen Chaoten verursachte nackte Gewaltorgie zum Anlass nimmt, billig Budgetkosmetik zu betreiben, indem sie auf einen die Kantonspolizei betreffenden Budgetposten zurückkommen will, so kann ich hier nur sagen: Das ist schlicht, wie man auf Französisch sagt, «dégueulasse», also widerlich, ekelhaft und vor allem heuchlerisch. Sehen Sie von einem solchen Vorhaben ab.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir sprechen nun über den Rückkommensantrag.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Lieber Peter Reinhard, dieser Rückkommensantrag ist eine peinliche Klientelpolitik, gepaart mit äusserst billiger Wahlkampfpropaganda. Oder wagst du heute hier ernsthaft zu behaupten, dass uns solche Saubannerzüge in Zukunft erspart bleiben und wir bei 1. Mai-Demos keine Fensterscheiben von Gewerbetrieben mehr in Brüche gehen, wenn wir den Kürzungsbeschluss von 2,7 Millionen Franken rückgängig machen? Wohl kaum. Du weisst genau, dass diese 2,7 Millionen bei einem Aufwand von 600 Millionen insgesamt nur 0,5 Prozent des Gesamtaufwands betreffen. Und wenn du hier und heute behauptest, dass wir hier mit 0,5 Prozent des Gesamtaufwands spürbar mehr Sicherheit bekämen, dann wäre bisher aber einiges schiefgelaufen. Du weisst ganz genau, dass in diesem Saal niemand daran zweifelt, dass die Arbeit der Kapo herausfordernd und wichtig ist. Und du weisst auch ganz genau, dass mit dieser Kürzung von 2,7 Millionen Franken bei der Sicherheit nicht gespart wird. Auch hier geht es lediglich darum, dass die Aufwandsteigerung in einem bestimmten Rahmen gehalten bleiben soll, und diese soll für alle An-

gestellten gleich sein. Der Sicherheitsdirektor selbst hat eingeräumt, dass mindestens die Hälfte dieses Betrags auf neue Vergütungsansätze für Nacht-, Sonntags- und Pikettdienst zurückzuführen ist und absolut nichts mit dem Sollbestand zu tun hat. Und weshalb, bitteschön, sollten wir bei der Polizei andere Massstäbe ansetzen als beim übrigen Personal? Nun gut, als Präsident des Verbands der Kantonspolizei fällt dir sicher ein Haufen Gründe ein, deine Kameraden zu begünstigen. Wie aber beispielsweise die frisch erleuchteten Sicherheitsapostel darauf kommen, ausschliesslich bei diesem Antrag aus der Leistungsmotion ausscheren zu wollen, ist uns schleierhaft. Ihre Haltung ist eine Beleidigung aller übrigen Staatsangestellten – Lehrer, Richter und so weiter –, deren Arbeit Sie offensichtlich weniger wertschätzen als die der Polizei. Die FDP wird dem Rückkommensantrag nicht zustimmen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich wiederhole: Wir sprechen jetzt nur über den Rückkommensantrag. Und wenn dieser zustande gekommen ist, werden wir die Debatte am Nachmittag nochmals führen, und zwar um 14.30 Uhr. Das Wort jetzt bitte nur zum Rückkommen an Heinz Kyburz.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Ich halte mich deshalb kurz. Dieser Rückkommensantrag wird eben auch von bürgerlicher Seite unterstützt, weil uns Recht und Ordnung sehr wichtig sind, weil es uns sehr wichtig ist, dass wir genügend Polizeikräfte haben, um Recht und Ordnung in unserem Kanton Zürich durchzusetzen, weil auch die Kantonspolizei involviert war und dafür sorgte, dass den Chaoten begegnet werden konnte. Denn die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, dienen auch dazu, dass wir genügend Polizisten haben. Von daher ist es ganz klar, dass wir diesen Rückkommensantrag unterstützen. Danke.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Das Wort geht an Philipp Kutter, Wädenswil, zum Rückkommensantrag.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Sie werden es nicht ganz verhindern können, dass jetzt auch eine Grundsatzdebatte vom Zaun gerissen wird. Ja, ich habe heute etwas Kopfschmerzen, aber ich dachte, es liege am Wetter. Aber vielleicht liegt es auch an diesem Rückkommensantrag. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Dieser Antrag ist an Populismus nicht zu überbieten. Es ist eine Schweinerei, was am Wochenende in

Zürich passiert ist, das stimmt. Und man muss die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, das stimmt auch. Die Polizei muss solche Vorkommnisse unbedingt verhindern, das stimmt ganz sicher. Wir von der CVP verurteilen solches Chaotikum aufs Schärfste. Aber im Gegensatz zu anderen politischen Kreisen mussten wir nicht zuerst etwas von «Stadtentwicklung» faseln, um zu merken, was die richtige Aussage wäre. Es geht hier nicht um Stadtentwicklung, es geht hier schlicht um Sachbeschädigung, es geht um Verwüstung, es geht um Chaotikum.

Sie wollen jetzt als Reaktion darauf 48 Stunden nach den Taten das Globalbudget um 0,5 des Bruttoaufwands erhöhen. Garantieren Sie uns damit, dass solche Verwüstungen verhindert werden? Sicher nicht. Ich bin der Meinung, es wäre wesentlich wirkungsvoller, wenn Sie an einer der nächsten Parteiversammlungen mal ein klares Wort reden würden. Besten Dank.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Die BDP-Fraktion bedankt sich zuerst einmal bei der Polizei, die in dieser Nacht gearbeitet hat, und wünscht vor allem den verletzten Polizistinnen und Polizisten gute Genesung. Die Politik ist nämlich nun gefordert, schnell und entschlossen zu handeln, damit die Bevölkerung und das Gewerbe das Vertrauen in unsere Institutionen wieder erhalten. Wir zeigen mit diesem Rückkommen – und das ist nicht populistisch – auch den Leuten, die sich in der Freitagnacht dem Mob gegenübergestellt haben, dass wir ihre Arbeit nicht nur mit Worten wertschätzen, sondern sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Wir müssen der Polizei alle nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie hart und entschlossen und unter maximalem Eigenschutz gegen solche Aufmärsche vorgehen kann. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, das ist jetzt halt wirklich dumm gelaufen. Dank dem linken Mob wissen jetzt sogar die Politikabstinenten, dass die SVP das Polizeibudget so ganz nebenbei gekürzt hat. Ausgerechnet die SVP! Noch zwei, drei solcher Demos und ihr müsst das Wort «Sicherheit» aus Gründen der Glaubwürdigkeit aus eurem Wahlprogramm streichen. Aber vielleicht haben die linken Chaoten auch etwas Gutes für euch getan und ihr findet heute mit der FDP und der GLP auf den rechten Weg zurück. Unterstützen Sie mit uns zusammen den Rückkommensantrag sowie dann auch die Ablehnung des gestellten Kürzungsantrags.

Daniel Hodel (GLP, Zürich): Wir Grünliberale werden, obwohl wir solche Gewaltexzesse natürlich aufs Schärfste verurteilen, diesen Rückkommensantrag nicht unterstützen. Die Schlüsse, die gezogen werden müssen, müssen von den richtigen Personen, im Moment vor allem von Stadtrat Richard Wolff gezogen werden. Und es ist sicher nicht das fehlende Geld, das hier vorliegt, sondern es sind die gesetzlichen Grundlagen, die eher diskutiert werden müssen. Und die Schlüsse, die schnell und entschlossen in Form eines Rückkommensantrags gezogen werden, sind sicher nicht der richtige Weg.

Daniel Frei (SP, Niederhasli): Ich spreche zur Abwechslung nur zum Rückkommensantrag. Dieser Rückkommensantrag ist ein Bekenntnis zur Polizeiarbeit und zur Sicherheit in unserem Kanton. Und wir laden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, der FDP, der CVP und der GLP, ausdrücklich ein, auch dieses Bekenntnis abzugeben. Es ist in unserem aller Interesse. Konrad Adenauer, bekanntlich ein Konservativer, hat mal gesagt, es sei nicht verboten, klüger zu werden. Springen Sie über Ihren Schatten.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Es wäre in der Tat Populismus, wenn man aufgrund eines Ereignisses die Politik einfach ändern würde, das geht natürlich nicht. Auch wir hier drin in diesem Parlament sollten ja ein bisschen weiter vorausschauen und nicht, wenn Ereignisse passiert sind, gleich alles auf den Kopf stellen. Aber Löhne haben etwas mit Wertschätzung zu tun und wir haben nicht nur bei der Polizei, sondern auch in anderen Bereichen gekürzt. Das heisst doch nichts anderes, als dass wir diesem Personal nicht die Wertschätzung entgegen bringen, die ihm gebührt. Wir haben letztes Mal überall verhängnisvolle Zeichen gesetzt, wo wir diese Löhne gekürzt haben. Deshalb fänden wir es richtig, wenn diese Kürzungsanträge überall rückgängig gemacht würden. Hier haben wir jetzt diesen Kürzungsantrag und aus diesem Grund, weil wir auch der Polizei die ihr gehörende Wertschätzung entgegenbringen wollen, unterstützen wir diesen Rückkommensantrag.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ein Rückkommensantrag hat das Wesen, dass man ihn stellt, wenn sich in der Zwischenzeit grundlegende Dinge verändert haben, sodass man nochmals über die Sache befinden muss. Wir hatten schon früher Saubannerzüge, wir hatten

schon früher solche Situationen. Ich erinnere an den 1. Mai, als die Stadtpolizei überfordert war und die Kantonspolizei helfen musste. Wir wussten, was wir taten letzte Woche. Die Situation hat sich nicht geändert, nur wurde es uns wieder einmal vor Augen geführt. Wir haben also keine neue Situation. Von dem her entspricht dieser Rückkommensantrag, der hier gemacht wird, nicht dem Wesen eines Rückkommensantrags, sondern ist ein Missbrauch dieses Ordnungsantrags, damit Sie die gleiche Diskussion wie letzte Woche nochmals führen können. Das haben wir auch schon gehört in den Begründungen, Sie wollen nochmals die gleiche Diskussion führen und haben den Antrag von letzter Woche immer noch nicht verstanden, worum es dabei geht. Das haben Sie auch gezeigt.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Liebe EVP, zu diesem Antrag gibt es Folgendes zu sagen: Gekürzt wurde in der Aufwandsteigerung bei den Löhnen. Kein einziger Polizist wird wegen dieses Antrages weniger verdienen als heute, damit das hier einfach mal klargestellt ist. Dieser Beitrag kann wirklich nur als Klamauk interpretiert werden. Er wird mitunterstützt notabene von der AL, die in ihrem Kampf gegen das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) über Jahre der Kantonspolizei eine zeitgemässe Infrastruktur verweigern wollte, die in ihrem Kampf gegen das Polizeigesetz eine griffige Kompetenzregelung verhindern wollte. Das ist – sorry, EVP –, «bad company» und macht diesen Antrag wirklich komplett unglaubwürdig. So nonchalant geht's wirklich nicht.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Liebe Vorredner, dazu gibt es Folgendes zu sagen: Thomas Vogel, es ist so, dass wenn ein Korps eingestellt wird und die Sollzahlen erhöht oder erreicht werden, dann ist das im nächsten Jahr budgetwirksam, das gibt eine Steigerung. Ob Sie jetzt rechnen können oder nicht, schauen Sie es einfach an, dann ist das so. Ich habe auch in der vorherigen Begründung nie gesagt, dass die Frage der Kürzung dazu führen wird, dass Personen abgebaut werden. Aber wir können ja nicht davon ausgehen, dass die Kürzung von diesen 2,7 Millionen keine Auswirkung hat. Wenn dem so wäre, dann wäre falsch budgetiert worden, dann müssten Sie sagen, wo das eigentlich geschehen ist. Es ist aber so, dass wir jetzt halt, Matthias Hauser, trotzdem eine neue Qualität haben. Es ist spontan professionell aufgeboten worden, es ist so, dass Polizisten direkt angegriffen

wurden. Das war schon einmal in Winterthur der Fall, ich gebe es zu, aber es ist grundsätzlich eine neue Qualität. Das heisst nicht, dass wegen dem die 2,7 Millionen gestrichen oder beibehalten werden sollen, sondern wegen dem müssen Sie davon ausgehen, dass ich und mit mir alle anderen Fraktionen, die diesen Antrag unterschreiben, davon ausgehen: Wir wollen keine Qualitätsminderung. Wir wollen nicht, dass die Kapo, wenn sie in Städten und anderen Orten eingreifen muss, plötzlich ihre Mittel reduzieren muss, wenn sie helfen sollte. Ich möchte jetzt nicht inhaltlich die ganze Begründung geben, wahrscheinlich machen Sie ja noch Fraktionserklärungen und zum Antrag können wir auch noch reden und ich kann mein Pulver dann verschliessen. Aber ich möchte denjenigen die Möglichkeit geben, die letztes Mal zu mir gekommen sind und gesagt haben, weil ich so emotional gewesen sei – es tut mir so leid, Sie sind ja gar nie emotional, also wirklich, Sie sind immer so sachlich –, weil ich also so emotional war, hätten sie sich nicht der Stimme enthalten, sondern stimmten jetzt dieser Kürzung zu. Diesen Leuten würde ich jetzt gerne die Möglichkeit geben, anders zu stimmen. Und ich danke Ihnen vielmals, wenn Sie ernsthaft überlegen und Courage zeigen und das neu überdenken. Und vielleicht sind dann auch nicht alle auf der Toilette. Ich wünsche eine gute Abstimmung.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir sprechen immer noch zum Rückkommen.

Renate Büchi (SP, Richterswil): Thomas Vogel ist ja schon lange im Kantonsrat und er hat miterlebt, wie lange es gebraucht hat, bis wir den Sollbestand der Kantonspolizei da haben, wo wir ihn gerne haben möchten. Es hat Jahr um Jahr gedauert und jetzt endlich haben wir das erreicht. Da geht es mal ganz sicher – und da müssen Sie doch mit mir einig sein – um die Sicherheit im Kanton Zürich. Dass nun diese Kosten wieder Auswirkungen auf das diesjährige Budget haben, ist klar. Darum kann man aus Überzeugung wirklich sagen: Diese Kürzung mit dieser Leistungsmotion greift direkt wieder diesen Sollbestand an, ob Sie das nun wahrhaben wollen oder nicht. Und darüber hinaus, finde ich, verhält sich unsere Seite absolut konsequent und folgerichtig. Wir haben keiner Leistungsmotion, keinem Antrag zugestimmt, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, das Personal sei zu würdigen und nicht immer zu desavouieren. Darum, finde ich, darf man diesen

Rückkommensantrag erstens stellen und mit bestem Gewissen dürfen Sie Ja stimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir stimmen nun über den Rückkommensantrag ab.

Abstimmung über den Rückkommensantrag

Für den Antrag auf Rückkommen stimmen 73 Stimmen. Rückkommen auf Konto 3100, Kantonspolizei, ist beschlossen.

Ordnungsantrag

Regine Sauter (FDP, Zürich): Wir beantragen im Sinne einer effizienten Ratsdebatte,

die Abstimmung über diesen Antrag nun gleich durchzuführen.

Wenn wir heute Nachmittag die Diskussion noch einmal führen, verlängert sich die Debatte entsprechend. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Selbstverständlich werden wir über diesen Antrag abstimmen. Nur sind wir der Meinung oder bin ich auch der Meinung, dass der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) dabei sein sollte, wenn über diese Leistungsgruppe erneut abgestimmt wird. Ich lasse mich auch noch von unserem Leiter Parlamentsdienste (*Moritz von Wyss*) belehren (*Heiterkeit*), dass der Regierungsrat einen verfassungsmässigen Anspruch hat, in dieser Debatte dabei zu sein.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Wenn sich, Frau Präsidentin, dieser Rat nach den Erkenntnissen richtet, die Sie eben verbreitet haben, und die verfassungsmässigen Rechte des Regierungsrates nicht beschneiden will, habe ich nichts zu sagen. Ansonsten wäre noch anzumerken: Ein solcher Antrag würde genau jene, die sich nicht in der Sache geäussert haben, weil man nur zum Rückkommen hätte sprechen sollen, als die Gelackmeierten dastehen lassen, weil sie ihre Voten zur Sache nicht mehr anbringen könnten. Das ist eine grundsätzliche Frage.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 67 Stimmen (bei 9 Enthaltungen), dem Antrag von Regine Sauter zuzustimmen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir werden die Abstimmung durchführen. Allerdings werden wir jetzt den Sicherheitsdirektor noch aufbieten, sodass er im Rat sein kann, wenn die Abstimmung stattfindet.

Wir kommen nun zu den Leistungsgruppen der Bildungsdirektion. Ich begrüsse hierzu Regierungspräsidentin Regine Aeppli.

7 Bildungsdirektion*Leistungsgruppe 7000, Bildungsverwaltung*

57. Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Rochus Burtscher, Anita Borer, Andreas Erdin, Margreth Rinderknecht, Sabine Wettstein, Claudio Zanetti (KBIK):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -65'791'300

neu: Fr. -65'649'300

Verbesserung: Fr. 142'000

Kürzung bei Stellen zur Bewältigung der Kantonalisierung der Kleinstpensen. Die Differenz kann durch Effizienzsteigerung und Auslastung des bestehenden Personals aufgefangen werden.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir machen es kurz: Wir beantragen eine Kürzung von 50 Prozent der 12,4 Stellen. Der Betrag ist zwar klein, da die Gemeinden das Gros übernehmen müssten. Die Gemeinden werden es uns danken. Wir sind überzeugt, dass auch die Hälfte genügt, um die Kantonalisierung der Kleinstpensen durchzuführen. Die Differenz kann durch Effizienzsteigerung und Auslastung des bestehenden Personals aufgefangen werden. Wir danken Ihnen für die Unterstützung des Antrags.

Res Marti (Grüne, Zürich): Beim Antrag 57 zur Bildungsverwaltung geht es um temporäre Stellen, welche für die Kantonalisierung von Kleinstpensen von Lehrpersonen benötigt werden. Die Stellen sind

zeitlich befristet und es macht Sinn, dass dieser Prozess Arbeit gibt. Es gilt hier zu erwähnen, dass die Kantonalisierung der Kleinstpensen von Lehrpersonen explizit die Gemeinden entlasten soll. Die Gemeinden werden von der Lohnverwaltung und viel administrativer Arbeit entlastet. Der Kanton wird davon belastet. Wir finden diese Aufgabenverschiebung sinnvoll und unterstützen deshalb diesen Streichungsantrag. Und, Rochus Burtscher, es ist nicht so, dass die Leute in der Bildungsverwaltung einfach rumsitzen und jetzt plötzlich was zu tun hätten. Die haben jetzt schon was zu tun.

57a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kaeiser (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates und der KBIK-Mehrheit.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Infolge der administrativen Überführung der Kleinstpensen von Lehrpersonen von den Gemeinden zum Kanton fällt für die Lohnadministration Mehraufwand an, was sich in dieser Leistungsgruppe niederschlägt. Es handelt sich immerhin um rund 10'000 Arbeitsverhältnisse. Die Gemeinden leisten eine Administrationspauschale von 17 Franken pro Lehrperson, womit rund 10,5 der insgesamt 13 neuen Stellen, die bereits bewilligt sind, finanziert werden können. Von den Mehrkosten von 1,484 Millionen Franken finanzieren die Gemeinden 1,2 Millionen Franken. Damit entstehen dem Kanton Kosten in der Höhe von 284'000 Franken. Es ist zu bedenken, dass der Aufwand im Bereich der Lohnverwaltung in den letzten Jahren generell gestiegen ist, weil insgesamt wegen der gestiegenen Schülerzahlen auch mehr Lehrpersonen im Lohnsystem zu verwalten sind. Die gestiegene Arbeitslast nach der Kantonalisierung dieser Kleinstpensen kann nun nicht mehr wie bisher einfach durch Effizienzsteigerung wettgemacht und aufgefangen werden, sondern es braucht tatsächlich mehr Ressourcen. Die Bildungsdirektion konnte in der Kommission für Bildung und Kultur präzise darlegen, warum dem so ist. Für die Mehrheit der KBIK ist dieser Streichungsantrag deshalb nicht gerechtfertigt und wir beantragen Ihnen Ablehnung.

Monika Wicki (SP, Wald): Am 3. März 2013 haben die Stimmberechtigten im Kanton Zürich der Änderung des Lehrpersonalgesetzes zugestimmt. Nun erhalten auch Lehrpersonen mit einem Pensum von

weniger als zehn Wochenlektionen sowie Fachlehrpersonen eine kantonale Anstellung. Um die Kleinstpensen von den Gemeinden auf den Kanton zu übertragen, wurden zehn vorübergehende Stellen geschaffen. Danach sollen die neuen Anstellungsverhältnisse mit vier Vollzeitstellen bewältigt werden. Der vorliegende Kürzungsantrag ist widersinnig. Es ist unlogisch, der Bildungsdirektion zusätzliche Aufgaben zu geben und die dafür nötigen Stellen streichen zu wollen. Zu beachten ist auch, dass der Sektor «Lehrpersonal» im Jahr 2008 das letzte Mal angepasst wurde. Seither sind die Schülerzahlen und darum auch die Anzahl Lehrverhältnisse gestiegen. Diese Zunahme wurde immer mit Effizienzsteigerungen aufgefangen. Das administrative Personal ist heute am Limit angelangt. Würden diese Stellen abgebaut, wäre die Aufgabe nicht mehr erfüllbar. Der Antrag muss daher abgelehnt werden, wie es auch die Mehrheit der KBIK tut.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die FDP wird dem vorliegenden Kürzungsantrag zustimmen. Es ist uns klar, dass die Anzahl kantonaler Anstellungen steigen wird. Wir gehen auch davon aus, dass die Überführung temporäre Arbeitskräfte benötigen wird. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass dies nur vorübergehend ist und kein fixer Stellenausbau notwendig sein wird. Die Gemeinden übernehmen mit «Plus» im Personalführungssystem bereits den grössten Teil der Arbeiten, der Kanton hat in erster Linie eine kontrollierende Funktion. Mit weiteren Prozessoptimierungen kann sicher noch einiges erreicht werden. Wir lehnen die Stellenerhöhung auf Vorrat ab.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Anlässlich des ersten Antrags gebe ich eine Kurzübersicht über die grünliberale Bildungsbudgetpolitik in der Form eines KEF-Indikators. Diese Zahlen abstrahieren also von den Inhalten, aber unser Verhalten bei den einzelnen Abstimmungen zum Budget der Bildungsdirektion basiert dann schon auf den Inhalten. Primär ist unsere Bildungspolitik «Bildungspolitik». Nun trotzdem die beiden abstrahierenden KEF-Indikatoren «Zustimmungsquotient Budgetverbesserungsanträge» und «Zustimmungsquotient Verschlechterungsanträge» zur Bildungsdirektion:

Zum ersten Indikator: Von den Budgetverbesserungsanträgen von gerundet total 58 Millionen Franken unterstützen die Grünliberalen total 10 Millionen Franken – das sind 17 Prozent –, weil wir ein ausgeglichenes Budget wollen. Präzisierung: Wenn wir den Minderheitsantrag

von Claudio Zanetti bei der Leistungsgruppe 7406 von sagenhaften 30 Millionen Franken nicht in diese Berechnung einbeziehen würden, dann vertragen die Verbesserungsanträge zur Bildungsdirektion nicht total 58, sondern total 28 Millionen Franken, und davon sind die 10 Millionen Franken, welche die Grünliberalen total unterstützen, nicht 17 Prozent, sondern 36 Prozent.

Zum zweiten Indikator: Von den vier Verschlechterungsanträgen zur Bildungsdirektion von gerundet total 32 Millionen Franken unterstützen die Grünliberalen keinen – das sind 0 Prozent –, weil wir ein ausgeglichenes Budget wollen. Selbstverständlich haben wir auch jeden dieser vier Anträge einzeln inhaltlich geprüft.

Und nun zur Leistungsgruppe 7000, Bildungsverwaltung: Hier können wir unseren Sparwillen mit Überzeugung umsetzen. Die Grünliberalen möchten die Mittel den Schülerinnen und Schülern zukommen lassen und möglichst wenig der Verwaltung. Deshalb setzen wir uns wie in den Budgetdebatten der Vorjahre auch dieses Jahr wieder für eine schlankere und billigere Bildungsverwaltung ein. Sparbemühungen sollen nicht bei den primären Aufgaben der Schule ansetzen, sondern bei den sekundären Aufgaben, wie der Bildungsverwaltung. Ihr Budget beträgt nach den Kürzungen der vergangenen Jahre immer noch über 65 Millionen Franken und die Grünliberalen sind überzeugt, dass davon noch 142'000 Franken eingespart werden können, was ungefähr 0,2 Prozent der 65 Millionen ausmacht. Einsparungen im Promillebereich sollten immer machbar sein.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP wird dieser Streichung ebenfalls zustimmen. Bei einem Aufwand von rund 65,7 Millionen Franken sind 142'000 Franken im Mikrobereich. Es ist so, dass die Gemeinden diese 17 Franken pro Lehrperson sowieso leisten, auch wenn man diese Kürzung vornimmt. Und es ist auch so, dass auch bei den Schulverwaltungen immer wieder neue Aufgaben anfallen im Zusammenhang mit der Administration vom Lehrpersonal. Und auch dort werden meistens oder an vielen Orten die Stellen daher nicht erweitert. Dass es eine Stellenerweiterung braucht bei der Bildungsverwaltung – es ist budgetiert, es wird nicht alles gestrichen. Und ich möchte auch hier erwähnen: Beim ganzen administrativen Aktivismus, welcher auf Seite des Kantons zum Beispiel auch mit dieser Überführung geleistet wird, wäre «weniger ist mehr» für beide Seiten von Vorteil.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Wir haben der Kantonalisierung der Kleinstpensen zugestimmt. Jetzt sollten wir auch die administrativen Mehrkosten übernehmen. Es ist nicht richtig, zu bestellen und dann nicht zu bezahlen. In der Beiz sagt man diesem Verhalten «Zechprellerei». Es ist etwas billig, mehr Effizienz in einem Bereich zu verlangen, der seit 2008 keine zusätzlichen Stellen erhalten hat. Zudem handelt es sich um weniger als zwei Stellen. Die EDU wird diesen Antrag ablehnen.

Regierungspräsidentin Regine Aepli: Seit 2008 ist die Zahl der Anstellungsverhältnisse bei den Volksschullehrpersonen um 20 Prozent gestiegen, von rund 10'000 auf 12'000. Die Zahl der Vikariate hat von 2008 bis 2013 von 7800 auf 10'300 zugenommen. Mit der vom Kantonsrat beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 7. März 2013 gutgeheissenen Änderung des Lehrpersonalgesetzes werden ab 1. August 2015 weitere rund 4000 Anstellungsverhältnisse kantonalisiert. Aufgrund der Veränderungen seit 2008 nimmt die Zahl der vom Volksschulamt (VSA) verwalteten Anstellungsverhältnisse um rund 55 Prozent zu, bei den Vikariaten ist der Zuwachs sogar noch grösser. Der beantragte Zuwachs an Stellen im VSA beträgt nur 35 Prozent und ist somit an der unteren Grenze, die noch vertretbar ist. Die Bearbeitung der Personaldossiers ist mit einem konstanten Aufwand verbunden, der nicht einfach wegrationalisiert werden kann. Davon hat sich auch die KBIK überzeugen lassen und den Antrag deshalb abgelehnt.

Die Bearbeitung der Personaldossiers und die Ausrichtung des Lohnes sind eine Verwaltungsarbeit, die für die Schule und die Lehrpersonen absolut vital ist, das dürfte wahrscheinlich allen einleuchten. Es ist nicht irgendeine Verwaltungsaufgabe, Sie möchten Ihren Lohn auch regelmässig und im richtigen Augenblick und mit den richtigen Lohnzahlen ausgestellt erhalten. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 57 der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KBIK entspricht, wird dem Minderheitsantrag 57a der FIKO, gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 104 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 142'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion

Budgetkredit Investitionsrechnung

58a. **Minderheitsantrag Michael Stampfli, Hans-Peter Häring, Ralf Margreiter, Res Marti, Jacqueline Peter, Moritz Spillmann, Monika Wicki (KBIK):**

Verschlechterung: 10'000'000

Im Vergleich von KEF 2014-2017 und Budget 2015 hat der Regierungsrat bei der Bildungsdirektion für das Jahr 2015 insgesamt 55,63 Mio. Franken an Investitionen gekürzt. Der vorliegende Antrag hebt den Betrag wieder etwas an.

Michael Stampfli (SP, Winterthur): Wir sehen uns in der Bildung in den kommenden Jahren mit einem Investitionsbedarf von mehreren 100 Millionen Franken konfrontiert. Diese nach dem Prinzip Hoffnung in die ferne Zukunft zu verschieben, ist kein gangbarer Weg. Ein solches Vorgehen wird uns irgendwann dazu zwingen, eine kurzfristige Lösung zu finden und so eine sinnvolle langfristige Investitionsplanung verunmöglichen. Genau das scheint aber der Plan des Regierungsrates zu sein. Das Budget 2015 sieht 50 Millionen Franken Investitionen weniger vor als das KEF-Jahr 2015 im KEF 2014 bis 2017. Eine Erhöhung des Investitionsbudgets um 50 Millionen ist aufgrund der fortgeschrittenen Planung des Jahres 2015 nicht mehr umsetzbar, weshalb wir eine Erhöhung um 10 Millionen Franken beantragen. Investitionen im Bildungsbereich sind insbesondere aus zwei Gründen notwendig: Einerseits steigen die Schülerinnen- und Schülerzahlen im Kanton Zürich in den kommenden Jahren auf fast allen Bildungsstufen an. Es leuchtet ein, dass dies auch den Bedarf nach Infrastruktur erhöht. Andererseits sind auch viele der bestehenden Gebäude sanierungsbedürftig. Indem Sie unseren Antrag unterstützen, leisten Sie einen wertvollen Beitrag an eine moderne Bildungsinfrastruktur, einen Abbau des gewaltigen Investitionsstaus und auch an die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens. Sie setzen damit ein deutliches Zeichen, dass Ihnen die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wichtig ist. Nicht zuletzt tragen Sie auch dazu bei, unerwartete Risiken im Bereich der Investitionen zu reduzieren, statt davon auszugehen, dass sich die Probleme irgendwann von selber lösen werden. Wir sind überzeugt, dass der Kanton Zürich heute über eine gut ausgebaute Infrastruktur verfügt. Wenn wir vermeiden wollen, im

Vergleich zu anderen ins Hintertreffen zu geraten, muss uns diese Infrastruktur aber etwas wert sein. Im Sinne dieser Erwägungen bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Vielen Dank.

Claudio Zanetti (SVP, Gossau): Wir von der SVP empfehlen Ihnen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen, weil er ganz einfach nichts bringt. Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder die Situation, dass etwas mehr als die Hälfte des von diesem Rat bewilligten Investitionsrahmens überhaupt ausgeschöpft wurde. Man kann hier also getrost eine Kürzung vornehmen. Und seien Sie versichert, wir werden schon bald Gelegenheit haben, bei konkreten Bauprojekten, die dann auch sehr teuer sein werden, wieder Kredite zu sprechen. Ich danke Ihnen.

Res Marti (Grüne, Zürich): Im Gegensatz zu allen anderen Anträgen der SP zur Erhöhung von Investitionsausgaben werden wir diesem Antrag zustimmen. Er ist im Gegensatz zu den anderen Anträgen nach diesem Muster auch real umsetzbar. Es besteht kein Zweifel daran, dass im Kanton Zürich sowohl im Bereich der Bildung wie auch in anderen Bereichen ein riesiger Investitionsstau besteht. Über Jahre wurde auf Kosten der Substanz hier schon kurzfristig geknausert. Dass die Regierung dies nun schon selbstständig macht, ist ausgesprochen schlecht. Wenn man bedenkt, dass man diesen Investitionsberg eigentlich abbauen und nicht wie einen Schneepflug Jahr für Jahr vor sich herschieben sollte. Da die Regierung dieses Mittel aber nun ergriffen hat, hat sie gleich die Planung angepasst, sodass Projekte, welche letztes Jahr noch für 2015 geplant waren, nun nicht in einem realisierbaren Zustand sind. Die 10 Millionen sind der Anteil der gestrichenen 55 Millionen Franken, welcher kurzfristig trotzdem realisiert werden kann. Die Bildungsinfrastruktur im Kanton Zürich hat leider das «Triple A» schon lange nicht mehr verdient. Wir sind der Meinung, dass wir diese Investitionen tätigen sollten, und zwar so schnell wie möglich.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach): Nur eine kurze Replik zu Claudio Zanetti: Er hat natürlich recht, wenn er auf die tiefe Ausnutzung der Budgetmittel im Bereich der Investitionen verweist, aber er vergisst dabei etwas. Wir sprechen hier zum ersten Mal genau zu dieser Leistungsgruppe, die eben eine neue ist. Und sie ist nicht einfach zufällig

entstanden, sondern gerade aus der Erkenntnis, dass die Ausschöpfung der Investitionsmittel viel zu gering ist. Die Bildungsdirektion hat in diesem Bereich ihre Hausaufgaben gemacht, was die Strukturen, die Abwicklung der Investitionen betrifft. Das nimmt uns aber auch irgendwo in die Pflicht, dass man, wenn die Aufgaben in der Verwaltung gemacht werden, auch finanzielle Mittel spricht. Denn wir können nicht immer nur über die Strukturen sprechen, so wird nicht gebaut, sondern es braucht irgendwo auch mal das Geld, damit die Investitionen ausgelöst werden können.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass dieser Minderheitsantrag der Ausgabenbremse untersteht.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 58a der KBIK mit 117 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 7100, Lehrmittelverlag

59. Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -4'507'900

neu: Fr. -4'569'900

Verbesserung: Fr. 62'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u.a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwandes pro Vollzeitstelle zwischen 2014 und 2015 die Vorgaben der Regierung von 0,2% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2015 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle 2014 von 98'000 Franken (gemäss Tabelle 2, Seite 534 KEF).

**59a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kae-
ser (FIKO):**

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 59 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 59a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 116 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 62'000 Franken beschlossen.

Leistungsgruppe 7200, Volksschulen

60. Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Rochus Burtscher, Anita Borer, Andreas Erdin, Margreth Rinderknecht, Claudio Zanetti (KBIK):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -415'449'847

neu: Fr. -414'449'847

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Beiträge an Quims-Schulen: Kürzung von 1 Mio. Franken (1/4). Die Betreuung von Kindern im Vorschulalter gehört nicht zum Aufgabengebiet der Volksschule. Zudem muss die Eigenverantwortung der Eltern gefordert werden.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): QUIMS (*Qualität an Multinationalen Schulen*) soll weiter ausgebaut werden, obwohl QUIMS schon seit vielen Jahren im Einsatz ist. Eigentlich sollte das Projekt QUIMS endlich Früchte abwerfen. Seien Sie ehrlich: QUIMS ist überholt und ein Auslaufmodell. Doch man will QUIMS unbedingt am Leben erhalten. Es wurde versucht, wissenschaftlich zu beweisen, dass es erfolgreich ist. Rechnen Sie mal durch: Die Integrationskosten müssen doch in den oberen Klassen massiv zurückgefahren werden können. Nur, das ist nicht eingetroffen. Zudem wird als positiv hervorgehoben, dass gleich drei Instanzen den Mitteleinsatz überprüfen und kontrollieren. Nur das kostet schon viel Geld. Es scheint so, dass man hier einen Weg gefunden hat, sich gegenseitig zu beschäftigen. Inhaltlich wird argumentiert, dass der Schwerpunkt Leseförderung sei. Gilt in der

Volksschule eigentlich nicht der Grundsatz «Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Texte lesen und verstehen»? Wenn dem nicht mehr so ist, dann müssen wir uns ernsthafte Sorgen machen, in welche Richtung sich unsere Schule entwickelt. Nimmt man die Argumentationskette der QUIMS-Befürworter, wie sie uns die kantonale Elternmitwirkungsorganisation, KEO, zugesandt hat, ist dies eine Bankrotterklärung unserer Volksschule. Die zwanghaften Integrationsanstrengungen haben versagt und nun wollen wir auf Biegen und Brechen etwas durchziehen, das im Grundsatz falsch verstandene Menschenliebe ist. Hören wir auf zu glauben, dass QUIMS gleiche Bildungschancen gewährleisten. Ob mit oder ohne QUIMS, jeder und jede hat nämlich dieselbe Chance in unserem System (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Man muss sie nur packen. Wer hier sein will, soll sich integrieren und unser System verstehen und anwenden. Wir stellen den Antrag, und zwar nicht wie letztes Jahr die Halbierung der Beiträge, sondern nur eine moderate Kürzung von einem Viertel oder, in Zahlen, 1 Million Franken. Das können auch die zwei Hauptbürgerstädte Zürich und Winterthur problemlos verkraften, die unter anderem bereits hohe Beiträge aus dem innerkantonalen Finanzausgleich erhalten. Dieser Betrag ist unseres Erachtens moderat und wir bitten Sie, diesen Kürzungsantrag zu unterstützen. Danke.

60a. Minderheitsantrag Regula Kaeser, Sabine Sieber, Rosmarie Joss (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates und der KBIK-Mehrheit.

Res Marti (Grüne, Zürich) singt angelehnt an die Melodie eines Weihnachtsliedes: «Alle Jahre wieder, kommt ein QUIMS-Antrag, auf den Rat hernieder, wie der Weihnachtstag. Wie oft soll'n wir sagen, so geht das nicht. Wie kann man es wagen, dass man Gesetze bricht. Woll'n wir etwas ändern, gibt's nur einen Weg, nicht durchs Jahr nur schlendern, bringen Sie den Beleg. Machen Sie eine PI, vielleicht bringt es was, denn so wie das jetzt geht, macht es keinen Spass.» Bitte entschuldigen Sie den etwas holprigen Reim, ich habe leider nichts gefunden, dass sich auf «PI» reimt (Heiterkeit).

Wir haben diesen Antrag hier nun schon zum dritten Mal in diesem Jahr in diesem Rat. Für die QUIMS-Beiträge gibt es eine gesetzliche Grundlage, es sind also gebundene Kosten, die nicht einfach im Budget gestrichen werden können. Und so ist es wie mit einem schlechten

Schleckstängel, den man schon ein paarmal zur Seite gelegt hat: Er wird immer abgelutschter. Mittlerweile ist nur eine Million dran und es kleben immer mehr Haare daran (*Heiterkeit*). Dass der Antrag einfach vom letzten Jahr kopiert wurde, sieht man daran, dass die Begründung noch immer genau so falsch ist, wie sie im letzten Jahr schon war. Auch dieses Jahr geht es nicht darum, dass die Volksschule Aufgaben aus dem vorschulischen Bereich übernehmen soll. Es geht darum, dass sozial stark belastete Schulen etwas mehr Ressourcen bekommen, um mit diesen Belastungen umzugehen. Die Antragsteller argumentieren, man müsse die Eigenverantwortung der Eltern fordern. Ich habe das in diesem Rat schon einmal versucht zu erklären: Eigenverantwortung kann man nur für sich selbst übernehmen und sonst für niemanden. Eigenverantwortung für Dritte ist ein Widerspruch, den man einfach nicht auflösen kann. Eigenverantwortung bedeutet: Ich handle und ich trage die Konsequenzen davon. Das ist ja gerade das Schöne an der Eigenverantwortung: Sie ist selbstbestrafend. Eigenverantwortung kann und darf nicht bedeuten «Ich handle und andere müssen die Konsequenzen davon tragen». Das gilt auch für die Eltern. Man kann nicht von den Eltern Eigenverantwortung für ihre Kinder verlangen. Ein solcher Mechanismus ist nicht verantwortlich, wenn auch offensichtlich eine Eigenheit der SVP. Nehmen Sie, liebe SVP, Ihre Verantwortung wahr und machen Sie Politik mit Gesetzen und nicht mit Finanzen. Spätestens beim Verwaltungsgericht wird Ihre Politik sonst scheitern.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir haben jetzt die Begründung des Mehrheitsantrags und des Minderheitsantrags gehört. Wir haben acht Wortmeldungen. Ich werde daher diese Beratung unterbrechen, und zwar kommen wir, bevor wir zur Pause kommen, zu einer Wortmeldung von Michael Welz und dann komme ich noch zu vier Fraktions-erklärungen.

Die Beratung der Vorlage 5124b wird unterbrochen.

Weihnachtsgeschenk der EDU an alle Anwesenden

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Bald ist Weihnachten. Wie in den letzten Jahren üblich, möchte die EDU-Fraktion Ihnen ein Naturprodukt als kleines Weihnachtsgeschenk überreichen. Das kalt gepresste Rapsöl ist ein höchst wertvolles und ökologisches Nahrungs-

mittel aus der Region. Aus Raps kann nicht allein hochwertiges Öl gewonnen werden, sondern die blühenden Rapsfelder sind im Frühjahr eine Augenfreude und eine Bienenweide. Das ist Biodiversität.

Bald ist Weihnachten und die Christenheit feiert die Geburt von Jesus Christus. Jesus ist in eine von Gewalt beherrschte Welt gekommen, um Frieden zu bringen. Dabei ist Jesus nicht gekommen, um dem Staat die Autorität abzusprechen. Nein, er kam, um all jenen Menschen, die sich nach Frieden sehnen, einen tiefen inneren Frieden zu schenken. Möge unser aller Weihnachtsfest von diesem tiefen Frieden bereichert werden. Frohe und gesegnete Weihnachten.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich verdanke im Namen des Rates herzlich das traditionelle Weihnachtsgeschenk der EDU, das wir heute wieder auf unserem «Pültli» vorgefunden haben. Ich hoffe, dass es jetzt wirklich laufen wird, wie geschmiert. Besten Dank.

Fraktionserklärung der EDU zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der EDU zum Thema «Vermummte Randalierer verwüsten Zürichs Innenstadt».

Es ist ein Skandal, dass nach dem Saubannerzug durch die Zürcher Innenstadt nur vier Chaoten verhaftet wurden. Es ist unglaublich: 200 Chaoten liefern sich Strassenschlachten mit der Polizei, zünden Autos an, schlagen Scheiben ein und nur vier Personen werden verhaftet. In unserem Rechtsstaat ist einiges faul, wenn Polizisten mit Steinen, Knallpetarden und Raketen angegriffen werden und die Täter die flüchtende Polizei mit einer brennenden Fackel lebensgefährlich verletzen wollen. Die EDU fordert die kompromisslose Durchsetzung von Recht und Ordnung und die Verhaftung aller gewalttätigen Chaoten. Die EDU wird aufgrund der zunehmenden Kriminalität und Gewalt vermummter Chaoten und als Konsequenz aus der vergangenen Krawallnacht eine parlamentarische Initiative einreichen, die ein konsequentes Vermummungsverbot im öffentlichen Raum vorsieht. Vermummte Demonstranten missbrauchen ihre Verdeckung, um Sicherheitskräfte anzugreifen und Sachbeschädigungen zu versuchen. Vermummung soll bei bewilligten oder nicht bewilligten Demonstrationen ein Straftatbestand sein, der geahndet wird und zwingend zur Verhaftung führt. Immer wieder greifen bei Kundgebungen und Men-

schenansammlungen hauptsächlich vermummte Personen das Sicherheitspersonal an, verletzen dabei Polizistinnen und Polizisten und üben Sachbeschädigungen aus. Nicht selten stehen diese Chaoten kurze Zeit später wieder auf freiem Fuss, weil ihnen keine Straftat nachgewiesen werden kann. Die EDU will verhindern, dass in Zukunft Chaoten ohne konsequentes Ahnden und ohne Strafe Menschenleben gefährden und Sachbeschädigungen durchführen können. Danke.

Fraktionserklärung der SVP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der SVP zum nämlichen Thema mit dem Titel «Extrem Links führt halt extrem links.»

Ja, Markus Bischoff, wer führt denn die Stadtpolizei? Auch Marcel Lenggenhager muss ich das sagen, nachdem ich gehört habe, dass er offenbar analog zu seinen BDP-Kollegen im Bundesbern sein Feindbild «SVP» ebenfalls gefunden zu haben scheint. Ich muss Sie aber enttäuschen, es sind nicht wir, die die Polizei führen, sondern es ist Herr Wolff (*Zürcher Stadtrat Richard Wolff*) von der AL, und es handelt sich im Übrigen um die Stadtpolizei und nicht um die Kantonspolizei. Aber Herr Wolff hat halt lediglich dann gebissen, als er die Strassen noch für sich reklamierte. «Reclaim the street» war denn auch das Motto der freitäglichen Gewaltorgie. Es gibt im Kanton Zürich ein Vermummungsverbot und trotzdem waren die gut 200 linken Chaoten praktisch allesamt vermummt. Und was passierte? Es passierte eben nichts. Und warum passierte eben nichts? Weil die linken politischen Verantwortlichen das eben nicht wollen. Sieben Polizistinnen und Polizisten wurden verletzt und im Gegenzug wurden lediglich vier Chaoten festgenommen. Und was passiert mit denen? frage ich Sie. Ich sage es Ihnen: Es passiert eben nichts, weil die politischen Verantwortlichen das so haben wollen. Vielleicht ein «Büsschen» wegen Landfriedensbruch oder Sachbeschädigung, das aber so oder so nie bezahlt wird. Daniel Frei und Markus Bischoff, wir seitens der SVP bekennen uns zur Polizei und wir schätzen sie auch wert. Aber wir machen das eben nicht nur hier im Ratssaal, sondern eben auch auf der Strasse. Wir wissen auch, dass Sicherheit etwas kostet. Das wissen wir zur Genüge und darum stellen wir auch die nötigen Finanzen hier im Kanton zur Verfügung, und das sind immerhin allein für die Kantonspolizei rund 400 Millionen Franken. Aber Sie wissen es

ganz besonders gut, Markus Bischoff, Geld allein nützt eben herzlich wenig, wenn die politischen Verantwortlichen stets alles daran setzen, Täterschutz zu betreiben statt die Opfer zu schützen, und zum Beispiel eben – wir haben es auch von der EDU schon gehört – das Vermummungsverbot bewusst zum Papiertiger verkommen lassen. Darum, geschätzte Ratslinke, wenn Sie heute den von linken Chaoten veranstalteten Saubannerzug, welcher vom linken Polizeivorsteher ungenügend bis naiv bekämpft worden ist, zum Anlass nehmen, um unter dem zwar gut tönenden Slogan «Sicherheit ist nicht gratis zu haben» Rückkommen zu machen und einen Budgetposten von rund 402 Millionen Franken um rund 0,5 Prozent zu verändern, so ist das – ich habe es schon vor rund einer halben Stunde gesagt – schlicht und einfach dégueulasse, widerlich.

Schwenken Sie doch auf die Polizei ein, Sie von der Ratslinken, und sagen Sie Ja zu den sogenannten «Body Cams». Damit würden Sie einmal etwas für die Polizei und für unsere Bevölkerung im Kanton Zürich machen. Aber da sagen Sie dann wieder Nein, stellen vorgeschobene Persönlichkeitsschutzgründe in den Vordergrund – Herr Glättli (*Nationalrat Balthasar Glättli*) von der Grünen Partei hat sich in der Sonntagspresse bereits entsprechend geäußert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionserklärung der EVP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP ist über die Demonstration und die Auswirkungen entrüstet und sie ist auch ein bisschen traurig. Es ist so, dass die Gewaltbereitschaft, die sich geäußert hat, und die konkreten und gezielten Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten eine neue Dimension erreicht haben, genauso wie es natürlich in den Social Media der Aufruf in einer sehr kurzen Zeit stattgefunden hat. Das war sehr professionell und wird bedingen, dass das ganze Konzept natürlich auch überprüft wird. Diese neue Dimension schliesst sich der Aktion des schweizerischen Verbandes der Polizeien an, die sagt: Stopp der Gewalt gegen Polizisten. Ich war immer einer, der sagt, die Polizei hat Gewalt zu verhindern und muss in Kauf nehmen, dass man dazwischen kommt. Aber so, wie das jetzt geschieht, so gezielt, muss ich sagen: Eine solche Aktion muss man unterstützen. Und Leute, die hier beteiligt sind, müssen ganz klar bestraft werden, es gibt kein Wenn und Aber. Aber es gibt auch nicht die raschen Lösungen,

wenn man hier einfach vom Vermummungsverbot spricht, das wir sowieso haben, bis zu den Body Cams, die ich persönlich unterstütze, sondern es ist jetzt notwendig, dass man vom Korps aus in Ruhe die Situation analysiert, dass man auch die politische Führung – da gebe ich meinem Vorredner recht – miteinbezieht und den Schutz der Personen in den Mittelpunkt zu stellen hat – der Polizeien, meine ich in diesem Fall –, aber auch den Schutz des Gewerbes, den Schutz der Leute. In diesem Sinne steht die EVP hinter den Leuten, die Leib und Leben riskieren, um uns diese Sicherheit zu vermitteln. 50 Kapo-Leute waren im OD-Einsatz (*Ordnungsdienst*) und haben mitgeholfen, dass die ganze Situation nicht noch mehr aus dem Ruder gelaufen ist. Ihnen – natürlich mit der Stadtpolizei – möchten wir ganz herzlich danken für ihren grossen und enormen Einsatz. Wir hoffen auch, dass dieses neue Konzept offen kommuniziert wird – selbstverständlich nicht die strategischen Sachen –, so offen, dass die politische Führung und die Korpsführung sich dazu bekennen, dass man in solchen Situation halt hart durchgreift. Hier kenne ich keinen Täterschutz, das geht nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass wir hier offen die Mehrheit der Bevölkerung, der KMU ins Zentrum stellen. Es kann nicht sein, dass jeder am nächsten Montag kommt, eingeschlagene Scheiben hat und nicht mehr arbeiten kann. Danke vielmals allen.

Fraktionserklärung der SP zu den Ausschreitungen in der Stadt Zürich

Markus Späth (SP, Feuerthalen): «Glaubwürdigkeit endgültig verspielt», der Saubannerzug von letzter Woche ist eine Katastrophe ohne Wenn und Aber, Punkt. Nach allem, was wir wissen, hat die Polizei rasch und effizient eingegriffen und – besonders wichtig – trotz schockierender Gewaltbereitschaft der Chaoten die Verhältnismässigkeit gewahrt. Dafür gebührt ihr Anerkennung und Dank. Ein einziges Ärgernis dagegen sind die Fraktionserklärung und die Position der SVP in dieser Frage. Sie ist unglaubwürdig und heuchlerisch. Zur Erinnerung, man kann es nicht genug wiederholen heute Morgen: Letzte Woche hat eine rechtsbürgerliche Ratsmehrheit unter eurer Führung der Kantonspolizei 2,7 Millionen entzogen, ausdrücklich zulasten der Löhne. Das sind 20 Stellen. Heute nun spielen sich die gleichen Leute als Vorkämpfer von Ruhe und Ordnung auf, und das geht nicht. Die Polizei und die Öffentlichkeit werden das zur Kenntnis nehmen. Vieles geht schnell vergessen, so schnell aber doch wieder nicht. Wir haben heute zum Glück Gelegenheit, diesen Fehlentscheid zu korrigie-

ren, den ersten Schritt haben wir mit der Zustimmung zum Rückkommen getan. Ja, Jürg Trachsel, ihr führt weder die Stadtpolizei noch die Kantonspolizei, und das ist gut so. Ihr führt sie nicht nur nicht, ihr schwächt sie mit eurer Politik, mit eurer Finanzpolitik im Rat.

Noch ein Zweites sei der SVP ins Poesiealbum geschrieben: Der Rechtsstaat ist kein Selbstbedienungsladen, er ist unteilbar. Er gilt für alle, sogar fürs Volk. Vor allem gilt er aber für Zürcher Parlamentarier hier im Zürcher Kantonsrat und ich spreche jetzt ganz gezielt Kollega Hans-Peter Amrein an: Ihr Antrag letzte Woche, 30 Millionen nicht in den Finanzausgleich einzubezahlen – er ist zum Glück klar gescheitert –, verstösst gegen gültiges Recht, gegen gültiges Bundesrecht. Dieser Antrag reiht sich würdig in eine ganze Reihe von Vorstössen aus der unappetitlichen SVP-Küche ein, welche sogar die Grundrechte aushebeln und damit den Rechtsstaat im Kern erschüttern wollen. Wer so politisiert, hat die Legitimation verspielt, sich als Vorkämpfer von Recht und Ordnung aufzuspielen – endgültig. Da nützt es auch nichts, wenn jeder SVP-ler pflichtgetreu jeden Montagmorgen allen anwesenden Kantonspolizisten freundlich die Hand schüttelt. Wertschätzung drückt man anders aus als durch einen billigen Händedruck (*Unmutsäusserungen in den Reihen der SVP*).

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Eine Information noch: Wir werden die Leistungsgruppe 3100 heute Vormittag um 11.30 Uhr behandeln.

Die Beratung der Vorlage 5124b wird fortgesetzt.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Dass ich als Erster sprechen darf, hat folgenden Grund: Es hat sich ein Fehler in die Vorlage 5124b eingeschlichen, nämlich dass mein Name auf dem Minderheitsantrag aufgeführt ist beziehungsweise dass die Grünliberalen den Minderheitsantrag um Kürzung der Beiträge an QUIMS-Schulen um 1 Million Franken in der KBIK unterstützt haben. Wie auch immer dieser Fehler zustande gekommen sein mag, die Grünliberalen sind für die Auszahlung der vollen QUIMS-Beiträge und unterstützen diesen Antrag der FIKO ausdrücklich nicht.

Den anderen Antrag um Kürzung um 1 Million Franken bei der Leistungsgruppe 7200 unterstützen die Grünliberalen ebenfalls nicht, also den Antrag der SVP zur Eindämmung des Personalaufwands an der Volksschule. Denn auch hier geht es um Leistungen, die den Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Bei dieser Leistungsgruppe können wir also beide Sparanträge aufgrund unserer inhaltlichen Qualifizierung nicht unterstützen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Andreas Erdin, wir haben Ihren Hinweis zur Kenntnis genommen und werden das ändern, sodass Ihr Name beim Antrag nicht mehr erscheint.

(Der Antrag lautet demzufolge korrekt:

60. Antrag FIKO entspricht Minderheitsantrag Rochus Burtscher, Anita Borer, ~~Andreas Erdin~~, Margreth Rinderknecht, Sabine Wettstein, Claudio Zanetti (KBIK):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -415'449'847

neu: Fr. -414'449'847

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Beiträge an Quims-Schulen: Kürzung von 1 Mio. Franken (1/4). Die Betreuung von Kindern im Vorschulalter gehört nicht zum Aufgabengebiet der Volksschule. Zudem muss die Eigenverantwortung der Eltern gefordert werden.)

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Den Hinweis, dass nicht Andreas Erdin, sondern Sabine Wettstein den Antrag in der KBIK unterstützt hat, fiel bereits. Ich äussere mich noch zu den Erwägungen aus der Kommission zu diesem Antrag. Wie auch bereits erwähnt, wurde ja bereits im Vorjahr ein fast identischer Antrag gestellt, zu dem ich im Namen der KBIK wiederum beantrage, ihn nicht zu unterstützen, weil er auf einem Missverständnis zu beruhen scheint. Gemäss Paragraph 25 des Volksschulgesetzes (VSG) müssen Schulen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern zusätzliche Angebote zur Verfügung stellen – sie müssen. Dafür erhalten sie Beiträge in der Form von Kostenanteilen. Im Durchschnitt betragen diese Beiträge für eine QUIMS-Schule rund 40'000 Franken pro Jahr und sie werden

nachschüssig ausgerichtet, also für Leistungen, die bereits erbracht wurden.

Der Bildungsrat hat im Jahr 2013 beschlossen, die QUIMS-Mittel auf die Kindergartenstufe zu verlagern beziehungsweise einen Teil davon. Es wird ein Austausch der Schule mit den Fachpersonen aus dem Frühbereich angestrebt im Hinblick auf vorbereitende Aktivitäten auf das erste Kindergartenjahr, beispielsweise in Bezug auf die Orientierung der Eltern über den Kindergarten. Im Beschluss des Bildungsrates ist von vor- und ausserschulischen Lern- und Beratungsangeboten die Rede, was Missverständnisse auslösen könnte, die aber in der Kommission dieses und auch bereits das letzte Jahr aufgeklärt wurden. Damit ist diese von der Volksschule ausgehende erwähnte Zusammenarbeit gemeint.

Vor diesem Hintergrund betrachtet die KBIK-Mehrheit den Kürzungsantrag als nicht gerechtfertigt, auch wenn es, anders als im Vorjahr, statt um eine Halbierung der Mittel nun um eine Reduktion um einen Viertel geht. Insgesamt werden im Bereich Kindergarten ohnehin nur etwa 200'000 Franken eingesetzt, womit dieser Antrag auch in Bezug auf die Höhe nicht stimmig ist und einer sachlichen Grundlage entbehrt. Besten Dank für die Ablehnung des Antrags.

Monika Wicki (SP, Wald): Kanton und Schulgemeinden und Schulen haben laut Volksschulgesetz dort zusätzliche Massnahmen durchzuführen, wo viele Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Erstsprache und aus den unteren Sozialschichten unterrichtet werden. Ziel ist eine gute Qualität in multikulturellen Schulen. Um auch in ungünstigen Verhältnissen ein hohes Leistungsniveau, gerechte Bildungschancen für alle, auch für Schweizer Kinder, zu gewährleisten, werden spezielle QUIMS-Massnahmen durchgeführt. Die QUIMS-Massnahmen leisten einen guten Beitrag an die Integration und an das schulische Weiterkommen aller Kinder. Eine Kürzung des Budgets schadet nicht nur den Kindern mit nichtdeutscher Erstsprache und unteren Sozialschichten, sondern eben auch den andern Kindern, die in diesen Schulen unterrichtet werden. Der Antrag gehört abgelehnt. Dazu kommt, dass der Antrag unter falschen Voraussetzungen zustande kam. In der Begründung, dass Kinder im Vorschulalter QUIMS-Massnahmen erhalten, stimmt nicht. Diese Argumentation für den Antrag ist falsch und der Antrag gehört daher doppelt abgelehnt. Wenn Sie also zweimal Nein drücken können, dann machen Sie das.

Sabine Wettstein (FDP, Uster): Die FDP hat bereits in der Vergangenheit mehrfach ihre Kritik an QUIMS geäußert. Im Sinne der Rats-effizienz und zum Schutze Ihrer Ohren werde ich nicht singen und mich kurz halten. Die Evaluation hat gezeigt, dass QUIMS keine Verbesserungen auf der schulischen Ebene bringt, und das wäre ja der Zweck. Der Kanton hat nun strengere Vorgaben gegenüber den Gemeinden gemacht, es wird sich zeigen müssen, ob diese etwas bringen. Wir bezweifeln das. Es fehlt der Mut, ein wirkungsloses Programm zu kippen und sich andere Massnahmen zu überlegen. Ganz nebenbei bemerkt: Es gibt keine gesetzlichen Grundlagen, welche die Höhe des Betrags festhalten, es muss also im Rahmen der Budgetdebatte möglich sein, hier eine Kürzung vorzunehmen. Wir werden konsequenterweise diesen Kürzungsantrag unterstützen, in der Hoffnung, dass wirkungsvolle Massnahmen folgen werden.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP lehnt diesen Streichungsantrag entschieden ab. Und, geschätzter Rochus (*Rochus Burtscher*), dieses Geld geht an die Gemeinden. Wenn man es streicht, ist es eine Strafaktion gegen die Gemeinden. Vorhin hast du anders argumentiert. Es wäre doch durchaus positiv, wenn du das über alle Böden gleich durchziehen würdest. Warum ist QUIMS eine gute Sache für Schulen, die ja definiert sind mit einem Anteil fremdsprachiger Kinder mit Migrationshintergrund von 40 Prozent? Die QUIMS-Massnahmen basieren auf drei Standbeinen. Das eine ist die Lernförderung für alle und – es wurde vorhin von Monika Wicki bereits erwähnt – damit profitieren eben alle Schülerinnen und Schüler bei solchen Angeboten. Es gibt Angebote im Bereich der Integration und des Eltern-Miteinbezugs. Bei Angeboten wie zum Beispiel Aufgabenhilfe ist es durchaus sinnvoll, diese über QUIMS finanzieren zu können. Zweitens, die gesetzliche Grundlage: Ich glaube, über dieses Thema haben wir schon öfters diskutiert. Es gibt eben keinen Spielraum, vor allem in der Kontogruppe 7200, somit auch gleich der Input, dass die CVP auch den zweiten Antrag in dieser Leistungsgruppe ablehnt. Und als Drittes vielleicht noch ein Tipp an unseren Sängerknaben der Grünen, Res Marti: In der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) hat es bestimmt noch Plätze frei im Bereich Tanz, Einzelgesang wäre definitiv nicht dein Fach (*Heiterkeit*). Vielen Dank.

Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil): Res Marti hat es mit einem Lied versucht und ich lehne mich an Paulus an, der den Philippern geschrieben hat: «Dass ich euch immer dasselbe schreibe, verdriesst mich nicht und macht euch umso gewisser.» Also ich weiss nicht, ob das euch gewisser macht und mich verdriesst es eben doch, dass wir jedes Jahr über das Gleiche reden müssen. QUIMS wurde 1999 als Pilotversuch entwickelt und zwischen 2006 und 2013 im gesetzlichen Auftrag bei einem Viertel der Schulen im Kanton Zürich eingeführt. Das Programm ist fester Bestandteil der Zürcher Volksschule und läuft unbefristet weiter. Es ist im Gesetz geregelt, wie das läuft, und der Kanton muss aufgrund dieser gesetzlichen Vorgaben dann den Gemeinden Beiträge an die QUIMS-Schulen ausrichten. Wenn Sie also via Budget das ändern wollen, dann liegen Sie falsch. Und eigentlich sollten Sie das als Mitglieder des Kantonsrates auch wissen: Wenn Sie etwas ändern wollen in Bezug auf QUIMS, müssen Sie das über einen Vorstoss zur Änderung des Volksschulgesetzes versuchen, und ich hoffe, Sie werden dabei scheitern.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): QUIMS ist ein unterstützendes Programm für Schulen, in denen die Kinder sprachlich und kulturell stark gemischt und sozial weniger privilegiert sind. Auch unter erschwerten Verhältnissen soll eine gute Schule mit entsprechender fachlicher und finanzieller Unterstützung möglich sein. Schulen mit sehr grossem Anteil an Fremdsprachigen können so ihre Massnahmen verstärken, um die Sprache, den Schulerfolg und die soziale Integration zu unterstützen. Sie wollen auch hier die Integrationsbemühungen beschneiden. Die eingesetzten Mittel werden direkt an der Basis für die Schülerinnen und Schüler eingesetzt. QUIMS ist nicht überholt, sprechen Sie einmal mit den Betroffenen. Die 4 Millionen pro Jahr für QUIMS sind als Beitrag zur Unterstützung der Gemeinden und Schulen zugesichert, die nachweislich mehr Herausforderungen in der Lern- und Integrationsförderung zu bewältigen haben und die es nachweislich schwerer haben, ein gutes Leistungsniveau und gleiche Bildungschancen zu gewährleisten wie andere Schulen. Um sich für die zukünftigen Ausgaben für QUIMS nicht bei jedem Budget rechtfertigen zu müssen, rate ich der Bildungsdirektorin, den Einsatz der Gelder wissenschaftlich zu evaluieren, um den Kritikern zukünftig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die BDP wird der Reduktion des QUIMS-Beitrags nicht zustimmen.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): QUIMS dient der Sprachförderung auf Kindergartenstufe, unter Einbezug der Eltern. Für die betroffenen Kinder ist diese Förderung sehr wichtig, denn eine Integration kann nur gelingen, wenn die Kinder die Sprache wirklich beherrschen und die Eltern damit einbezogen werden. Die Kinder sollen nicht Opfer von Sparbemühungen werden, weil man ihnen die Sprachbildung nicht ermöglicht hat. Je früher Sprachdefizite behoben werden, desto einfacher ist die Einschulung. Dies wirkt sich auch positiv auf das Niveau der Schule aus. Wenn man die Sprachförderung noch mehr fördern wollte, dann müsste man auch der Frage nach der Bildung nachgehen, welche ein ganz entscheidendes Element in der Sprachentwicklung ausmacht. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Diese auf Leben und Tod verteidigende Position der QUIMS-Befürworter wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Eine Frage ist nämlich: Wer profitiert? Es sind nicht die Kinder. An die Adresse von QUIMS-Sänger Res Marti: Damit gewinnst du sicher nicht bei Eurovision, sondern vielleicht als schlechteste Version bei Dieter Bohlen (*Deutscher Musikproduzent*). Ja, QUIMS steht im Volksschulgesetz, aber die Budgethoheit liegt beim Kantonsrat und wir können hier selbstständig entscheiden. Die Drohung mit den Richtern beeindruckt mich nicht wirklich. Dann sollen sie es machen und dann haben wir es ein für allemal geklärt. Ein Missverständnis besteht tatsächlich, das ist korrekt, nur, das Missverständnis besteht auf der Seite von Ralf Margreiter, Sabine Wettstein hat es schon gesagt: Es wird nichts gestrichen, sondern nur etwas gekürzt. Aber die QUIMS-Schulen können so weiterexistieren. Also da geht jetzt wirklich nichts verloren. Teilweise ist es doch wirklich so: Weniger ist mehr. Dieses Geld geht an die Gemeinden, das ist auch korrekt. Doch wir müssen den Gemeinden stärkere Instrumente in die Hand geben als nur immer Geld. So könnten wir zum Beispiel fordern, dass, wer hier in die Schule will, die hiesige Sprache können muss. Springen Sie über Ihren kleinen Schatten und stimmen Sie unserem Antrag der Kürzung um 1 Million zu. Danke.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der KBIK: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Unterstützer dieses Antrags, vielleicht bräuchte es einmal etwas Leseförderung für Mitglieder dieses Rates. Bezüglich Kenntnis der Rechtslage muss ich Ihnen einfach sagen, Rochus Burtscher: 0 Points (*Heiterkeit*). Wenn Sabine Wettstein sagt, es

bestehe keine rechtliche Grundlage über die Höhe, dann ist das einfach mangelnde Sachkenntnis. Es ist in der Finanzierungsverordnung zum Volksschulgesetz in Paragraf 15 festgehalten, welche Kostenbeiträge den Gemeinden für die Angebote gemäss Paragraf 25 Volksschulgesetz, beziehungsweise detaillierter aufgelistet in Paragraf 20 der Volksschulverordnung, auszurichten sind. Ich lese sie Ihnen vor: «Für zusätzliche Angebote gemäss § 25 VSG leistet der Kanton jährlich folgende pauschale Kostenanteile: a. 10'000 Franken für jede Schule mit einem Anteil Fremdsprachiger von mindestens 40 Prozent und b. 1800 Franken für jede Klasse in Schulen mit einem Anteil Fremdsprachiger von 40 bis 60 Prozent oder 2400 Franken für jede Klasse in Schulen mit einem Anteil Fremdsprachiger von mehr als 60 Prozent.» Dann wird noch festgehalten, dass diese Kostenanteile nur für diese Massnahmen zu verwenden sind. Also wenn das keine klare Rechtsgrundlage ist, dann weiss ich nicht, was Sie noch wollen, um etwas als gebundene Ausgaben zu verstehen.

Das war auch der Grund, warum in den vergangenen Jahren und ist der Grund, warum in diesem Jahr dieser Antrag in der KBIK keine Mehrheit gefunden hat, mal von inhaltlichen Belangen abgesehen, zu denen man sich so oder anders stellen kann. Insofern ist eben dieser wiederholte Versuch, über das Budget an QUIMS etwas zu ändern, einfach die falsche Schiene. Das muss ich als Kommissionspräsident hier doch noch anfügen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Bezüglich Kenntnisse der wissenschaftlichen Evaluationen und Studien: 0 Points an diese Ratsseite (*gemeint ist die linke Ratsseite*), es gab eine wissenschaftliche QUIMS-Evaluation. Ich denke, es war 2010, 2011 oder 2012, ich habe sie nicht mehr hier. Sie hat deutlich gezeigt, dass die QUIMS-Schulen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit dieser Jugendlichen, in Bezug auf die Berufsaussichten dieser Jugendlichen, auch die Möglichkeit, im Unterricht mitzuhalten, eben keinen wesentlichen Gewinn gegenüber den Nicht-QUIMS-Schulen, wie wenn sie QUIMS nicht hätten, haben. Das ist das, was eigentlich auch Sabine Wettstein gesagt hat: QUIMS bringt nichts. Wenn man dann anschaut, weshalb das nichts bringt, stellt man fest: Die beteiligten Schulen können sich bei QUIMS in verschiedenen Bereichen festlegen oder Projekte machen und erhalten dafür tatsächlich das Geld, auf das sie nicht verzichten wollen. Das Geld geht auch an Lehrpersonen, die daran beteiligt sind. Und es werden keine oder fast keine Projekte im wirklichen Bereich der Leis-

tungssteigerung von Schulnoten – höhere Schulnoten für diese Kinder – gewählt, denn dort hat man gar keine Rezepte. Es würde viel mehr bringen, man würde Mittel in die Sprachförderung – wirklich Deutsch lernen – einsetzen für die Leute, die in der Schweiz in die Schule kommen, erst integrieren, wenn das Deutsch wirklich da ist, und viel gezielter einsetzen als so ein «Projektli» in der Schule zu machen und dieses mit 4 Millionen zu fördern. Diesen Antrag kann man ruhig unterstützen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Häufig sind QUIMS-Schulen ja Schulen in Gemeinden, die eher hohe Soziallasten haben. Bekanntlich werden Gemeinden bei den Soziallasten häufig allein gelassen, auch wenn wir ja vorhaben, dies nun etwas zu ändern. Bei den Schulen ist es so, dass es um den Sozialindex geht, sodass Gemeinden mit schwierigen sozialen Verhältnissen mehr Lehrpersonen bekommen. Nur zahlen dies dann halt wieder die Gemeinden mit 80 Prozent. Hier ist die QUIMS die löbliche Ausnahme. Hier befiehlt der Kanton nicht nur, sondern er zahlt auch, und ich denke, man könnte das diesen Gemeinden durchaus gönnen. Dass dann dieser Minderheitsantrag ausgerechnet von einem Dietiker Kantonsrat gemacht wird, obwohl Dietikon stark von den QUIMS-Geldern profitiert und diese auch dringendst nötig hat, finde ich nur unverständlich. Aber vielleicht ist es nicht überraschend, denn der selbige findet ja auch, die Soziallasten bei uns seien kein Problem, das müsse man auf kantonaler Ebene nicht lösen. Ich kann solche Anträge eigentlich nur als Abwählempfehlung verstehen.

Sabine Wettstein (FDP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Nachdem der Kommissionspräsident auf die gesetzlichen Grundlagen verwiesen hat und auch den entsprechenden Artikel vorgelesen hat, kann ich es mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass diese Verordnung vom Regierungsrat erlassen worden ist und nicht vom Kantonsrat. Und das Instrument, das der Kantonsrat hat, ist dann eben das Budget. Dementsprechend müsste der Regierungsrat die Verordnung anpassen, ohne dass wir unnötige parlamentarische Initiativen machen, das nur als Hinweis.

Res Marti (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Natürlich steht es nur in einer Verordnung, aber auch die Verordnung ist eine Grundla-

ge, die man respektieren muss, wenn es um die finanziellen Flüsse zwischen Gemeinde und Kanton geht. Und wenn wir es nicht machen, dann wird einfach die erste Gemeinde, die das Geld nicht bekommt, sinnvollerweise gerichtlich gegen diesen Entscheid vorgehen.

Und dann noch zum Thema «Evaluation»: Ja, es hat eine Evaluation stattgefunden und die Evaluation zeigt natürlich nicht, dass jetzt die QUIMS-Schulen plötzlich viel besser sind als die anderen Schulen. Das wäre ja auch komisch und das wäre völlig nicht das Ziel dieser QUIMS-Mittel. Das Ziel ist, dass sie gleich gut sind wie die anderen Schulen, und das wird mit QUIMS unterstützt. Ausserdem zeigt die Evaluation zum Beispiel, dass der Berufseinstieg für QUIMS-Schüler besser vonstattengeht, als bei Schulen, die keine QUIMS-Mittel erhalten haben. Das ist doch wirklich eine sinnvolle Investition.

Regierungspräsidentin Regine Aepli: Die Volksschule hat ein grosses Ansehen in unserem Kanton – nicht nur in unserem, aber auch in unserem –, das hat sich in der Volksabstimmung vom 30. November 2014 wieder gezeigt. Von der Volksschule wird auch erwartet, dass es ihr gelingt, Schülerinnen und Schüler, die aus einer anderen Kultur kommen, die zu Hause eine andere Sprache sprechen, integriert werden. Diesen Auftrag nimmt die Volksschule auch wahr und es gelingt ihr auch nicht schlecht. Aber Integration lässt sich nicht von einem Jahr aufs nächste messen, sie ist anspruchsvoll. Und Sie wissen auch, wie bedeutend die Rolle der Eltern ist im Zusammenhang mit der Integration, im Zusammenhang mit dem Schulerfolg der Kinder. QUIMS ist ein kleiner Beitrag, um diejenigen Schulen zu unterstützen, welche mehr als 40 Prozent Kinder aus anderen Kulturen und Sprachen in den Klassen haben. Mit 4 Millionen macht man keine grossen Sprünge und, wie gesagt, oft dauert Integration eben mehr als eine Generation. Ja, das ist so, Rochus Burtscher, das ist vielleicht auch bei deinen Vorfahren einmal eine Herausforderung gewesen, wer weiss? In der Schweiz stammt jeder Dritte aus einer Familie, die in die Schweiz eingewandert ist. Das dürfen wir einfach nicht vergessen. Diese Beiträge sind, wie gesagt, sehr bescheiden. Es ist richtig, dass sie in einer Verordnung festgelegt sind. Verordnungen kann der Regierungsrat ändern, aber die Verhältnisse sind nun mal so, dass die Gemeinden bereits budgetiert haben und diese QUIMS-Massnahmen mit dazugehören. Sie haben Anspruch darauf, auch wenn der Kantonsrat heute einen anderen Beschluss fasst. Ich bin froh, wenn Sie diesem Antrag keine Folge leisten. Besten Dank.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 60 der FIKO, der dem Minderheitsantrag der KBIK entspricht, wird dem Minderheitsantrag 60a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Minderheitsantrag der FIKO mit 98 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

61a. *Minderheitsantrag Anita Borer, Rochus Burtscher, Margreth Rinderknecht, Claudio Zanetti (KBIK):*

Verbesserung: Fr. 1'000'000

In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage ist der Personalaufwand einzudämmen. Es ist deshalb der Personalaufwand um 1 Mio. Franken zu reduzieren.

Anita Borer (SVP, Uster): Es wird gesagt, in dieser Leistungsgruppe könne nicht gekürzt werden, eine bequeme Position, welche hier eingenommen wird und die hellhörig macht. Ich glaube an die Verwaltung sowie den Regierungsrat und daran, dass sie ein Schlupfloch finden. Ich bitte Sie, diese sehr moderate Verbesserung von 1 Million Franken zu unterstützen. Besten Dank.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): In dieser Leistungsgruppe sind alle Steuerungsindikatoren gesetzlich geregelt. Die Anzahl der Lehrpersonen ergibt sich aus der Zahl der Schüler respektive aus der Anzahl der Klassen. Und die Löhne der Lehrpersonen sind ebenfalls gesetzlich festgelegt. Die Gemeinden haben Anspruch auf die entsprechenden Vollzeitstellen, von denen sie 80 Prozent auch selbst bezahlen. In den Jahren 2013 bis 2018 werden 1150 zusätzliche Stellen zum Kanton überführt. 300 kommen aufgrund gesetzlicher Anpassungen hinzu, wie der Verschiebung des Schuleintritts über sechs Jahre um je einen halben Monat. Zusätzliche Stellen braucht es auch für das Fach «Religion und Kultur» sowie mehr Planstellen für die Schulleitungen aufgrund der Änderung der Lehrpersonalverordnung von 2014. 580 Stellen sind allein auf die steigenden Schülerzahlen zurückzuführen. Deshalb lässt sich auch diese Leistungsgruppe sehr gut berechnen. Infolgedessen ist eine Kürzung mit der Begründung, der Personalaufwand sei einzudämmen, nicht zielführend, weil die gesetzlichen Auflagen trotzdem zu erfüllen sind. Die KBIK-Mehrheit unterstützt diesen An-

trag nicht. Die Auswirkungen auf die Staatsrechnung sind gleich null. Es ist Phantomsparen zur Beruhigung des eigenen Spargewissens.

Monika Wicki (SP, Wald): Der vorliegende Antrag verlangt eine Reduktion des Personalaufwandes in den Volksschulen um 1 Million Franken. Die Begründung dazu ist einfach: Alle müssen sparen, also müssen auch die Lehrpersonen sparen. Was die Begründung nicht aufnimmt, ist die Tatsache, dass die Bildungsdirektion im Bereich Volksschule bereits für das Budget 10 Millionen Franken eingespart hat. In diesem Sinne sind die Vorgaben, wie es der Antrag will, bereits bei Weitem übertroffen und die SP lehnt diesen Antrag deutlich ab.

Res Marti (Grüne, Zürich): Dieser Antrag ist genauso wie der letzte Antrag widersinnig. Alle Kosten im Budgetposten Volksschule sind durch Gesetze oder Verordnungen festgelegt. Wenn Sie hier nun das Budget kürzen, dann ist das einfach nur Zechprellerei. Ich muss es noch einmal sagen, liebe SVP: Ändern Sie die Gesetze, dann ändert sich das Budget. Der umgekehrte Weg geht nicht. Wir lehnen diesen Antrag ab. Wenn die SVP nun schon von der Regierung verlangt, gesetzliche Schlupflöcher zu suchen, dann ist das wirklich unanständig. Es reicht ja, dass sie dies selbst tut.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 61a mit 120 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7301, Mittelschulen

62a. Minderheitsantrag Moritz Spillmann, Hans Peter Häring, Jacqueline Peter, Michael Stampfli, Monika Wicki (KBIK):

Verschlechterung: 6'300'000

Nach 2014 (1,2%) wird auch 2015 (1,8%) die pauschale Kürzung bei den Mittelschulen das Schülerwachstum (2% seit Rechnungsjahr 2013) nicht finanziert. Seit 2009 wird damit zum sechsten Mal das Schülerwachstum nicht so wie dies mit dem Lektionenfaktor vorgesehen ist, finanziert. Die Schulen können die Einsparungen nur mit negativen Auswirkungen auf den Unterricht umsetzen. Auf die pauschale Kürzung ist deshalb zu verzichten.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach): Das Budget der Mittelschulen sieht ja auf den ersten Blick recht harmlos aus. Deshalb mache ich mir keine Illusionen, im Gegensatz zu den vorangehenden Abstimmungen werden wir diese hier verlieren. Und dennoch muss dieser Antrag gestellt werden. Er muss gestellt werden, weil an den Mittelschulen seit Jahren schleichend und unauffällig gespart wird, ohne dass wir über die Konsequenzen Rechenschaft ablegen. Die Finanzierung der Mittelschulen folgt ähnlich dem Mechanismus, den wir von der Volksschule her kennen: Anstelle der Vollzeiteinheiten wird der Staatsbeitrag für die Mittelschulen mit dem sogenannten Lektionenfaktor berechnet. Dieser besagt, wie viele Lektionen die Schulen pro Schülerin und Schüler erhalten. Damit ist ein berechenbarer und verlässlicher Mechanismus gesetzt, der dazu führen soll, dass die Schulen insgesamt entsprechend den Schülerzahlen finanziert werden. Die letzten Jahre zeigen jedoch, dass der Finanzierungsmechanismus konsequent ausgehebelt wird. Seit 2009 wurden die mit dem Lektionenfaktor berechneten Staatsbeiträge – mit Ausnahme des Jahres 2013 – pauschal gekürzt. Konkret ausgedrückt wird das Schülerwachstum an den Mittelschulen seit Jahren nicht mehr finanziert. Im Jahr 2015 müssen die Schulen konkret 1,8 Prozent oder eben gut 6 Millionen Franken einsparen, und das bei steigenden Schülerzahlen. Der vorliegende Antrag will auch keinen Ausbau an den Mittelschulen, sondern er gibt den Mittelschulen das, was der vom Kantonsrat festgesetzte Finanzierungsmechanismus den Schulen auch verspricht. Aber nicht nur die Schüler nehmen zu, auch die Erwartungen gegenüber den Mittelschulen. Mehr MINT (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*), mehr SOL (*Selbstorganisiertes Lernen*), mehr Qualität bei weniger Zeit und eben auch bei weniger Geld. Und gleichzeitig sprechen wir – und damit meine ich auch den Regierungsrat – von der dringenden Bildungsoffensive. Doch wer offensiv sein will, muss auch nach vorne stürmen. Tore schießt man nicht in der Verteidigung, oder wenn, dann trifft man nur ins eigene Tor. Und das Eigengol bedeutet an den Mittelschulen beispielsweise Streichung von Freifächern, grössere Klassen oder Senkung der Maturaquote. Genau das sind die Konsequenzen dieses schleichenden Sparens. Kurzfristig werden die Schulen diese Unterfinanzierung irgendwie umsetzen können. «Irgendwie» beinhaltet aber entsprechend negative Auswirkungen auf den Unterricht und die Qualität des Unterrichts. Und da sollte ja eigentlich auch die Grünliberale Partei mit im Boot sein, denn sie hat ja angekündigt, überall dort, wo es um die Sache geht, um den Un-

terricht geht, nicht sparen zu wollen. Hier wäre die Gelegenheit, das auch umzusetzen. Aber «irgendwie» ist wohl auch die passende Charakterisierung der kantonsrätlichen Bildungspolitik. Sie ist weder ein Desaster noch proaktiv handelnd und mit klaren Vorstellungen. «Irgendwie» beinhaltet eben keine Strategie und «irgendwie» ist ungeplant und zufällig, und so stolpern wir halt irgendwie in die Zukunft und hoffen, dass es gut kommt. Angesichts der anstehenden Herausforderungen ist das klar zu wenig. Dabei – und ich wiederhole das – spreche ich mit meinem Antrag gar nicht von Ausbau, sondern davon, den Status quo zu sichern. Unterstützen Sie deshalb den Minderheitsantrag, der die Kürzung bei den Mittelschulen wieder rückgängig macht und den Schulen das gibt, was wir ihnen versprochen haben und was sie auch benötigen.

Res Marti (Grüne, Zürich): Die Zitrone an den Mittelschulen ist nun langsam wirklich ausgepresst. Und so mussten und müssen die Mittelschulen in den letzten Jahren viel Saures über sich ergehen lassen. Auch wir freuen uns nicht über die Kürzung der Regierung an den Mittelschulen. Aber genauso, wie letztes Jahr die FDP den Einheitspreis für alle Arten von Schülern, ja sogar Studierenden, einführen wollte, um Leistungen zu kürzen, sollten wir nicht ins gleiche Muster verfallen, um mehr auszugeben, als wirklich nötig ist. Wir vertrauen in diesem Punkt der Regierung, dass die vorgeschlagenen Kürzungen machbar sind, und werden den Antrag der SP nicht unterstützen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 62a mit 133 : 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung

63a. Minderheitsantrag Moritz Spillmann, Ralf Margreiter, Res Marti, Jacqueline Peter, Michael Stampfli, Monika Wicki (KBIK):

Verschlechterung: Fr. 15'000'000

Insbesondere die Neuregelung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung führt zu einem starken Anstieg der Studierenden. Durch die Nicht-Finanzierung des Anstiegs im Budget 2015 fehlen der Berufsbildung ca. 20 Mio. Franken, die insbesondere bei den Berufsschulen

anfallen. Die 15 Mio. Franken decken einen Teil des Anstiegs und führen gleichwohl zu wünschbaren Optimierungen in der Klassenzusammensetzung.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach): Ich versuch's nochmals. Genau wie bei den Mittelschulen sieht nämlich auch das Budget der Berufsbildung recht unverdächtig aus. Für die Berufsschulen ist das Budget jedoch alles andere als harmlos. Die Berufsschulen sollen nämlich die 2013 beschlossene Stärkung der höheren Berufsbildung finanzieren und deshalb insgesamt gut 20 Millionen Franken einsparen. Und dabei sah vor einem Jahr noch alles so schön aus: Die Stärkung der höheren Berufsbildung war zum Nulltarif angekündigt. Zusätzliche Bundesgelder für die Berufsbildung, die dem Kanton gemäss eidgenössischem Berufsbildungsgesetz zustehen, sollten diesen Zauber bewirken. Stärkung der Berufsbildung, finanziert durch den Bund, da freuten sich noch alle. Aber die Freude war nur von kurzer Dauer, denn die Rechnung geht offensichtlich nicht auf. Wohl fliessen die Bundesgelder seit 2012 reichlich, aber leider kamen sie etwas zu früh, so früh, dass der Kanton noch nicht bereit war, die zusätzlichen Gelder entsprechend der Neuordnung der höheren Berufsbildung einzusetzen. Und so verwendete der Kanton die Bundesgelder nicht wie angekündigt für die höhere Berufsbildung, sondern zur Entlastung des ordentlichen Budgets in der gesamten Berufsbildung. Und heute, ja, heute ist der Kanton bereit. Er hat die entsprechende Vereinbarung zur Stärkung der höheren Fachschulen unterzeichnet, die HFSV, Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen. Und die Studierendenzahlen nehmen gemäss KEF auch entsprechend zu, von circa 8000 Studentinnen und Studenten auf gut 12'000. Aber leider ist das dafür vorgesehene Geld bereits irgendwo im Budget der Berufsbildung aufgegangen, sodass heute das benötigte Geld für den Ausbau fehlt. Aber weil die Finanzierung der höheren Berufsbildung mit der Vereinbarung eben auch verpflichtend ist, muss jemand anders für die Stärkung der Berufsbildung aufkommen. Konkret sind das die Berufsschulen, die eben circa 20 Millionen Franken einsparen müssen, damit die höhere Berufsbildung gestärkt werden kann. Dass die Jugendlichen die Stärkung der weiterführenden Bildung finanzieren müssen, das ist nicht akzeptabel. Wenn wir mit den Bundesgeldern das normale Budget der letzten Jahre entlastet haben, dann müssen wir heute eben auch die Finanzierung aus unserem Budget, aus dem kantonalen Budget nachholen und das Budget der Berufsbildung mit kan-

tonalen Geldern erhöhen. Dabei fordern wir nicht die ganzen 20 Millionen, von denen wir hier eigentlich sprechen, sondern nur deren 15, denn gemäss Aussagen des MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*) sind gewisse Effizienzgewinne in der Klassenzusammensetzung der Berufsschulen möglich und auch wünschenswert. Kaufen wir also die Stärkung der höheren Berufsbildung nicht mit der Schwächung der Berufsschulen und stimmen Sie, wenigstens diesmal, dem Minderheitsantrag zu. Besten Dank.

Res Marti (Grüne, Zürich): Die Anzahl Studierender in der höheren Berufsbildung hat in den letzten Jahren erfreulicherweise stark zugenommen. Das ist das, was eine Bildungsoffensive bedeutet. Wir wollen diese Bildungsoffensive auch bezahlen. Es kann nicht sein, dass aufgrund des Ausbaus der höheren Berufsbildung nun die berufliche Grundbildung leidet. Es geht hier um Fachkräfte, welche nicht mehr richtig ausgebildet werden und am Ende entweder nicht mehr richtig zu gebrauchen sind oder, wie gerade bei den Elektroinstallateuren passiert, zu einem Drittel die Lehrabschlussprüfung nicht bestehen. Wären diese Lehrlinge in ihrer Ausbildung richtig gefördert worden, wäre das nicht passiert. Auch das gehört zu einer Bildungsoffensive. «Bildungsoffensive» bedeutet, dass möglichst viele Personen eine möglichst gute Bildung erhalten und damit möglichst viele gute Fachkräfte zur Verfügung stehen. Sonst landen sie perspektivenlos in Hilfsjobs oder in sozialen Auffangnetzen und die Fachkräfte müssen importiert werden. Wir unterstützen den Antrag, die Budgetkürzung der Regierung in diesem Punkt rückgängig zu machen, damit das duale Bildungssystem auch weiterhin ein Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells bleibt. Der von rechter Seite gewünschte Inländervorrang ist etwas schwierig zu realisieren, wenn die Inländer nicht richtig ausgebildet werden. Wir sagen Ja zur Bildungsoffensive – gerade dort, wo sie der Wirtschaft etwas bringt.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich rede hier als Gewerbetreibender. In unserem Betrieb gibt es Inländervorrang, solange die Qualifikation stimmt. Es gibt keine Altersdiskriminierung, solange die Qualifizierung stimmt. Die Auswirkungen ganz konkret am Beispiel der Berufsschule Bülach: Wir haben dort Elektroinstallateure. Im schweizerischen Schnitt fallen rund 30 Prozent der Elektroinstallateure an der Lehrabschlussprüfung durch. An der Berufsschule Bülach sind das

gerade mal 10 Prozent. Das ist zwar immer noch zu viel, aber immer noch um ein Mehrfaches besser als im gesamtschweizerischen Schnitt. Wie machen sie das? Gerade in den dreijährigen Lehren bei den technischen Berufen finden wir einen rechten Anteil von Lehrlingen, die schulische Defizite haben. Das reicht nicht, wenn man so knapp lesen und schreiben kann. Viele Lehrlinge scheitern zum Beispiel daran, dass sie nicht verstehen, was sie lesen. Hier bietet die Berufsschule Bülach Fördermassnahmen an, um diese schulischen Defizite zu beheben. Sie bieten aber auch Fördermassnahmen für die Begabteren an, sodass sie zum Beispiel Sprachdiplome erwerben können. Lieber ein guter Berufsschüler als ein schlechter Mittelschüler. Dafür muss die Berufsschule aber auch attraktiv sein, damit sie nicht die zweite Wahl ist. Die vom Regierungsrat beantragte Rasenmäherkürzung bedeutet für die Berufsschule Bülach, dass sie nicht mehr 16 Prozent der Lektionenzahl pro Abteilung in Fördermassnahmen einsetzen kann, sondern nur noch 5 Prozent. Und was die Berufsschule Bülach mit grossem Erfolg an Fördermassnahmen aufgebaut hat, wird im kommenden Jahr vernichtet.

Bei der Masseneinwanderungsinitiative hat die SVP Inländervorrang versprochen. Halten Sie Ihr Versprechen! Dieser Antrag für 15 Millionen in die Bildungsoffensive ist eine Investition in den künftigen Wohlstand unseres Kantons. Und um es mit den Worten des Volkswirtschaftsdirektors (*Regierungsrat Ernst Stocker*) zu sagen: Überlegen Sie sich eigentlich mal, woher unser Wohlstand kommt.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich mache Sie wieder einmal darauf aufmerksam, dass jede Budgetverschlechterung der Ausgabenbremse untersteht.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 63a mit 109 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

13650

Leistungsgruppe 7401, Universität (Beiträge und Liegenschaften)

64. Antrag FIKO: Verbesserung: 5'354'000 → Folgeantrag in LG 9600 Universität Zürich

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -614'532'000

neu: Fr. -609'178'000

Verbesserung: Fr. 5'354'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u.a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwandes pro Vollzeitstelle zwischen 2014 und 2015 die Vorgaben der Regierung von 0,2% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2015 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle 2014 von 98'000 Franken (gemäss Tabelle 2, Seite 534 KEF).

64a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kaiser (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 64 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 64a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 106 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Die Abstimmung müssen wir wiederholen, die Bildungsdirektorin wünscht noch das Wort zum vorangehenden Geschäft. Das sind der Antrag 64 der FIKO und der Minderheitsantrag 64a von Sabine Sieber.

Frau Regierungspräsidentin, Sie haben das Wort. Wir werden nachher die Abstimmung wiederholen.

Regierungspräsidentin Regine Aeppli: Vielen Dank für diese Gelegenheit. Die Universität ist eine selbstständige Anstalt und der Kantonsrat kann hier nicht mit den gleichen Ellen messen, was die Lohnentwicklung betrifft. Messen schon, aber man muss einfach auch die Argumente, die dagegen sprechen, hören. In dem Sinne bin ich froh, dass ich noch etwas sagen kann. Ich weiss nicht, wie gross die Wirkung sein wird, ich mache es aber trotzdem, sozusagen zumindest fürs Protokoll.

Ich möchte Sie einfach daran erinnern: Wir hatten schon letztes Jahr diese Diskussion. Da wurde der Antrag gestellt, 8,2 Millionen zu kürzen, in etwa mit der gleichen Begründung. Auch damals habe ich mich aus Gründen, die ich noch erwähnen werde, sehr dagegen gewehrt. Dieser Antrag wurde vor einem Jahr mit 89 zu 88 Stimmen gutgeheissen, die Universität erfuhr also eine Kürzung ihres Budgets um 8,2 Millionen. Letztes Jahr habe ich Ihnen dargelegt, weshalb man der Universität keine Mittel kürzen darf, nachdem die Studienplätze für Medizin aufgestockt wurden. Mittlerweile sind wir im dritten Jahr, es sind also inzwischen 180 Medizinstudentinnen und Medizinstudenten mehr, und das sind die teuersten Ausbildungsplätze und der Kantonsrat hat seither das Budget der Universität nicht aufgestockt in Anerkennung dieser Mehrleistung. Das möchte ich an dieser Stelle einfach nochmals festhalten. Die Kürzung dieser zusätzlichen knapp 5,4 Millionen Franken müssten auch dieses Jahr anderweitig aufgefangen werden, was auch laufende Ausbaumasnahmen im Bereich der klinischen Medizin, im Bereich der Forschungsschwerpunkte nach sich ziehen würde. Aus all diesen Gründen möchte ich Sie wirklich eindringlich bitten, auf diesen Kürzungsantrag zu verzichten. Der Universität haben schon letztes Jahr diese Mehrmittel für die Medizin gefehlt und wenn Sie nochmals kürzen, machen Sie nochmals einen Schritt in die falsche Richtung, der letztlich zulasten aller anderen Fakultäten gehen wird. Ich bitte Sie, das zu bedenken. Besten Dank.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir stimmen nochmals über den Antrag 64 und den Minderheitsantrag 64a ab.

Wiederholung der Abstimmung

Der Mehrheitsantrag 64 der FIKO wird dem Minderheitsantrag 64a der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der FIKO mit 106 : 59 Stimmen (bei 0 Enth-

tungen) zu. Damit ist die Verbesserung von 5'354'000 Franken beschlossen.

65a. Minderheitsantrag Anita Borer, Rochus Burtscher, Margreth Rinderknecht, Claudio Zanetti (KBIK):

Verbesserung: Fr. 13'000'000 → Folgeminderheitsantrag in LG 9600 Universität Zürich

Reduktion, damit gegenüber dem Budget 2014 nicht 27 neue Professuren (netto) geschaffen werden können (Berechnung: pro Professur Kosten von 0,5 Mio. Franken).

Anita Borer (SVP, Uster): Gegenüber dem Budget 2014 werden netto 27 neue Professuren geschaffen, ohne dass die Zahl der Studenten wächst. Rechnet man pro Professur mit Kosten von einer halben Million Franken, so werden im Jahr 2015 mindestens 13 Millionen Franken für neue Professuren ausgegeben. Dazu der Hinweis: Eine halbe Million Franken pro Professur ist sehr nachsichtig gerechnet, vermutlich kosten die Professuren unter dem Strich noch einiges mehr. Dieses Wachstum ist in Anbetracht der angespannten Lage nicht vertretbar. Wollte man, wie so oft gesagt wird, das Betreuungsverhältnis verbessern, müsste man, wenn man das dann wollte, den akademischen Mittelbau und nicht die Professuren aufstocken. Bitte unterstützen Sie aus genannten Gründen die Kürzung von 13 Millionen Franken. Besten Dank.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die Mehrheit der KBIK beantragt die Ablehnung dieses Antrags. Nur elf der 27 Professuren werden überhaupt durch den Staatsbeitrag finanziert, die übrigen über Drittmittel, vor allen durch den Nationalfonds. Ein Teil dieser elf Professuren entfällt auf die Medizinische Fakultät. Mit der Erhöhung der Studienplätze in der Medizin von 60 pro Jahrgang, die auch die Frau Bildungsdirektorin vorhin gerade schon erwähnt hat, was eine allseits geforderte und begrüßte Entscheidung war, mit dieser Erhöhung ist natürlich auch die Folge verbunden, dass mehr Studierende mehr Betreuung, mehr Lehre brauchen. Allgemein verfolgt die Universität das Ziel, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, die im nationalen Vergleich, nett gesagt, nicht die besten sind. Im Weiteren wird 1 Million Franken für ein ebenfalls häufig moniertes Anliegen eingesetzt, nämlich die

Nachwuchsförderung, die Förderung des eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses. Aus diesen Gründen ist eine so massive Reduktion des Staatsbeitrags nicht angezeigt. Die KBIK-Mehrheit empfiehlt Ihnen die Ablehnung dieses Antrags.

Michael Stampfli (SP, Winterthur): 27 neue Professuren sollen an der Universität Zürich (UZH) geschaffen werden, ein Schritt hin zu besseren Betreuungsverhältnissen und einer stärkeren Lehre und Forschung. Mit dem vorliegenden Antrag sollen, entsprechend der Annahme, dass eine Professur jährlich ungefähr 500'000 Franken kostet, der Universität Zürich 13 Millionen Franken gekürzt werden. Mit diesem Antrag stellen sich aber die folgenden drei Probleme:

Erstens: Die Beiträge des Kantons steigen im Vergleich vom Budget 2014 zum Budget 2015 nicht um diese 13 Millionen Franken oder mehr, sondern um 8,6 Millionen Franken an, also 4,4 Millionen Franken weniger, als laut Antrag gekürzt werden soll. Zweitens: Diese Mehrausgaben sind zum grössten Teil nicht für neue Professuren vorgesehen, sondern etwa für Nachwuchsförderungsprogramme, Teuerung und Beförderungen und einen Wechsel im Lehrauftragswesen. Mit 2,2 Millionen davon wird die Erhöhung der Studienplätze in der Medizin ermöglicht. Drittens: Von den 27 Professuren werden nur elf aus ordentlichen Mitteln finanziert, davon acht an der Medizinischen Fakultät, drei an der Philosophischen. Somit sind 16 Professuren drittfianziert, insbesondere durch den Schweizerischen Nationalfonds. Eine Kürzung von 13 Millionen Franken könnte daher gar nicht im Sinne des Antrags umgesetzt werden. Sie würde vielmehr die ganze Universität empfindlich treffen. Ein solches Vorgehen wäre unverantwortlich. Der Kanton Zürich ist als Bildungsstandort auf eine starke Universität angewiesen. Wir bitten Sie daher, den Antrag abzulehnen. Ich danke Ihnen.

Andreas Erdin (GLP, Wetzikon): Die elf neu geschaffenen und von der Universität selber finanzierten Professuren sind wichtig für die Universität. Sie soll neue Forschungsschwerpunkte installieren und damit auch neue Professuren schaffen können. Wir können die Aussage nicht nachvollziehen, die neu geschaffenen Professuren seien nicht vertretbar. Deshalb unterstützen wir den Minderheitsantrag der SVP nicht.

Res Marti (Grüne, Zürich): Dieser Antrag möchte an der Uni vorwiegend durch Drittmittel finanzierte Professuren streichen, indem Geld aus dem kantonalen Budget gestrichen wird. Sie wollen also Kosten sparen, die gar nicht anfallen, da sie zum grössten Teil durch Drittmittel finanziert werden. Aber damit noch nicht genug: Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*) hat in der Debatte zum Jahresbericht der Universität Zürich das schlechte Abschneiden der UZH im Universitäts-Ranking der «Times Higher Education» beklagt. Nicht einmal mehr unter den ersten Hundert Universitäten ist man weltweit. Und jetzt dürfen Sie dreimal raten, weshalb die Universität Zürich so «schlecht» – in Anführungszeichen – abgeschnitten hat. Die Universität hat in der Sparte «Teaching» schlecht abgeschnitten, weil der «Staff to student ratio», also das mathematische Verhältnis zwischen Professoren und Studierenden, zu schlecht ist. Ebenfalls nicht so gut hat die UZH in der Kategorie «Research» abgeschnitten, was ja auch nicht erstaunlich ist, wenn die Professoren vor lauter Studierenden nicht mehr zum Forschen kommen. Aber die SVP ist der Meinung, dass weniger Professoren sicher mehr Forschung erbringen. Mir scheint das eher unplausibel. Ein Teil der Komponente «Research» sind auch die zur Verfügung stehenden Forschungsmittel. Eine Kürzung der Mittel bei der Universität führt also gezwungenermassen zu einer Verschlechterung im Ranking, unabhängig davon, ob es einen realen Effekt hat. Es ist ja schon okay, wenn man Missstände beklagt, aber wenn man die Missstände selbst verursacht, ist es vielleicht nicht die beste Idee. In Schwächen sollte man investieren, insbesondere wenn die Kosten zum grössten Teil von Dritten bezahlt werden.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP lehnt alle nun folgenden Grosspauskürzungen vonseiten SVP ab, wie aber auch Budgetverschlechterungen. Wir haben den Grundsatz verfolgt, die einzelnen Ausgaben zu begrenzen, aber eben nicht zu kürzen. Der vorliegende Antrag zur Universität, den wir jetzt diskutieren, wäre eine massive Kürzung und das wollen wir so nicht hinnehmen. Vielen Dank.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Eine steigende Studentenzahl vor allem in der Medizin erfordert zwangsläufig mehr Betreuung. Ein Verzicht auf die verlangten Professorenstellen würde die akute Situation noch verschlechtern. Für die Entscheidung, an welcher Universität mit dem Studium begonnen wird, ist die Qualität der Professoren sehr wichtig, aber auch die Betreuung durch die Professoren ist ein

wesentlicher Faktor. Auch für die Berufung neuer Professoren ist die Zahl der zu betreuenden Studenten ein nicht unwesentlicher Faktor. Im Übrigen ist zu bedenken, dass von den 27 Professorenstellen nur gerade elf die ordentliche Rechnung der Uni belasten. Wenn wir mit der Uni grosszügig umgehen, wird dies auch grosszügige Sponsoren nach sich ziehen, siehe die 120 Millionen von Herrn Wyss (*Schenkung des ehemaligen Besitzers der Synthes AG, Hansjörg Wyss, für die Gründung eines gemeinsamen Forschungszentrums von Universität und ETH*). Mit zusätzlichen Mitteln müssen vor allem die erhöhte Anzahl Studienplätze in der Medizin bezahlt werden. Aber auch die geplante Nachwuchsförderung und die Beförderungen kosten. Die EDU lehnt deshalb diesen Verbesserungsvorschlag als Verschlechterungsantrag ab. Danke.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Die Kürzungsanträge in der Bildung, die ich in den letzten anderthalb Stunden von der SVP hören musste, provozieren mich als Person aus einfachen Verhältnissen mit Eltern ohne akademischen Hintergrund extrem. Ob es jetzt bei QUIMS war, ob es bei der Berufsbildung war oder ob es nun um die Lehrstühle an der Uni geht, hier gibt es einen Angriff auf die soziale Mobilität in unserer Gesellschaft. Es gibt einen Angriff auf die Chancengleichheit, die jetzt vielleicht ein bisschen besser ist als vor 30 Jahren. Ich bin einmal an eine Gymnasiumprüfung gegangen, bin da hochkant durchgefallen und musste 20 Jahre später dann die Matura an der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene machen. Also das wäre alles ein bisschen billiger gewesen, hätte man die Leute in Altstetten auch vor 40 Jahren schon ein bisschen gefördert, hätte man ein bisschen Stützunterricht gemacht. Also wenn es jetzt um den Zugang an die Hochschule geht, dann soll man nicht die Leute mit schlechterem Portemonnaie ausschliessen. Alle Kreise sollen Zugang haben. Und da können Sie die Hand hochheben, in Meilen und am Zürichberg sind die Zahlen einfach viel besser, das ist klar. Die sind vielleicht alle intelligenter, die dort leben, vermutlich wird es so sein. Auf jeden Fall ist Bildung unsere einzige echte Ressource und darum verstehe ich nicht, warum wir so unsorgfältig mit dieser Ressource umgehen. Und dass hier der ganze bürgerliche Block den ganzen Morgen wie Schafe blökt und Sie bei diesen Kürzungsanträgen mitmachen, ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar.

Die letzte Frage: Wollen wir denn amerikanische Verhältnisse? Dort sind die Verhältnisse noch schlechter, dort spielt es eine noch grössere

Rolle, in welche Schule Sie gehen. Aber es ist natürlich auch in der Stadt Zürich so: Ob Sie in dieses Schulhaus gehen oder ins andere, das spielt eine grosse Rolle. Und wenn das so sein soll, dann dürfen Sie das unterstützen. Aber wenn Sie dafür sind, dass die Mobilität verbessert wird und dass die Chancengleichheit verbessert wird, dann hören Sie auf, den Rotstift da anzusetzen, wo es wirklich den Schwächsten wehtut. Und es ist natürlich so, dass die SVP in ihren Wählerschichten sogar Leute hat, die von einem guten Bildungssystem auch profitieren würden oder profitiert haben. Darum ist es für mich nicht nachvollziehbar, wenn auch Leute, die noch nie eine Uni von innen gesehen haben, sich darüber auslassen, wie die Studenten- und Dozentenzahlen sich verhalten sollen oder was da gut und richtig ist. Das kann ich schlecht nachvollziehen. Verzichten Sie auf die unnötigen, asozialen Sparanträge in der Bildung. Das ist ein Angriff gegen die Leute unten, es ist Blödsinn.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Die beiden Vorredner der Grünen und SP sprechen immer von Chancengleichheit. Ihnen geht es vor allem um die Gleichheit der Resultate, das ist der Punkt. Und es spielt doch wirklich nicht das die grösste Rolle, sondern die grösste Rolle spielen immer noch die Eltern. Und da kommt es nicht drauf an, ob jemand aus einem reichen oder einem weniger begüterten Elternhaus kommt. Dazu gibt es genügend Beispiele, auch wieder am letzten Freitag, wie ich mich erinnern kann.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag 65a mit 116 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7402, Sonstige universitäre Leistungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 7406, Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Hier ist der Antrag 66 zurückgezogen worden, das hat der Präsident der FIKO bereits verkündet.

Wir unterbrechen jetzt die Geschäfte der Bildungsdirektion. Wir fahren anschliessend dann fort mit Leistungsgruppe 7406, mit dem Antrag Nummer 67.

Aber jetzt kommen wir zurück: Sie haben heute Morgen Rückkommen auf die Leistungsgruppe 3100 beschlossen. Der Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Mario Fehr, ist eingetroffen. Ich begrüsse ihn. Die Mehrheit des Rates hat beschlossen, dieses Geschäft jetzt zu behandeln und ich gebe das Wort zur Begründung seines Antrags Peter Ritschard.

Leistungsgruppe 3100, Kantonspolizei

15. Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. -405'200'900

neu: Fr. -402'468'900

Verbesserung: Fr. 2'732'000

Der Kantonsrat hat am 25. März 2013 eine Leistungsmotion überwiesen, die verlangt, dass die durchschnittlichen Kosten pro bestehende Vollzeitstelle pro Leistungsgruppe bis 2016 nicht stärker ansteigen als die Teuerung. Der Regierungsrat erachtet die Leistungsmotion u.a. als unzulässig, weil sie sich nicht auf eine Leistungsgruppe beschränkt. In der oben genannten Leistungsgruppe übersteigt die Entwicklung des Personalaufwandes pro Vollzeitstelle zwischen 2014 und 2015 die Vorgaben der Regierung von 0,2% (Teuerung). Der Budgetkredit wird um den die Vorgaben übersteigenden Anteil gekürzt. Berechnungsbasis sind die ausgewiesenen Stellen 2015 sowie eine durchschnittliche Lohnsumme pro Stelle 2014 von 98'000 Franken (gemäss Tabelle 2, Seite 534 KEF).

15a. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss, Regula Kaiser (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Ich begründe den Rückkommensantrag: Für die Sparfraktionen ist die Kürzung der Kantonspolizei der Courant normal. Es ist eine «Rasenmäherkürzung», selbst die Sparfraktionen nehmen sie nicht ganz ernst. Für die am Rückkommensan-

trag beteiligten Fraktionen dagegen ist die Budgetkürzung eine Gretchenfrage: Wie halten wir es mit der Polizei? Nachdem die politische Verantwortung von der Stadtpolizei von den Stimmbürgern der Stadt Zürich einem Mitglied der AL übertragen worden ist, zielen Sie (*gemeint ist die rechte Ratsseite*) auf eine Schwächung der Polizei. Wir müssen Ihnen sagen: Das macht die EVP als sachorientierte Partei nicht mit. Sie können hier und heute beweisen, wie wichtig Ihnen das Wirken der Polizei im Kanton Zürich ist. Bei dieser Gelegenheit desavouieren Sie auch Ihre Sparstrategie. Sie finden offensichtlich: Sparantrag hin oder her, die Polizei macht ihre Aufgabe dann schon. Wie aus verschiedenen Voten hervorging, halten Sie eine Kürzung von 2,7 Millionen Franken für nichts Wesentliches. Für die EVP ist das viel Geld.

Ich führe einige Gründe auf, weshalb Sie den Kürzungsantrag zurücknehmen sollten: An einer unerwarteten und nicht bewilligten Demonstration von Chaoten von Freitag auf Samstag in der Stadt Zürich waren neben den Kräften der Stadtpolizei auch 50 Kapo-Mitarbeitende im Ordnungseinsatz. Sie wissen, dass die Kapo regelmässig in der Stadt Zürich hilfreich mit von der Partie ist, zum Beispiel bei Hochrisikospiele oder am 1. Mai. Der Hauptbahnhof ist Hoheitsgebiet der Kapo. Und in Winterthur bei Demos wie «Tanz dich frei» wirkt die Kapo mit. Sie ist sehr oft in Reserve bei unerwarteten und angespannten Situationen. Neben dem Einsatz der Stadtpolizei war dieser Einsatz der Kapo mit ein Teil, um die Ausschreitungen relativ rasch und vernünftig in den Griff zu bekommen. Wir sind froh, dass die Auswirkungen nicht noch grösser waren, und freuen uns, dass die Polizisten trotz des Sparbeschlusses einer Ratsmehrheit ihre Aufgaben und Pflichten mit vollem Einsatz geleistet haben und auch in Zukunft leisten werden.

Eine Mehrheit dieses Rates hat das Budget im Konto 3100, Kantonspolizei, um 2,732 Millionen Franken gekürzt, was dem Finanzvolumen von 20 Kantonspolizisten entspricht. Die Frage, wo und wie die Einsparungen Auswirkungen haben, ist natürlich offen. Aber es ist klar, bei einer Umsetzung werden die Folgen ja nicht wirkungslos sein. Wir, die Fraktionen von EVP, BDP, EDU, GP, CSP, AL und SP, würden uns freuen, wenn Sie nun Herz und Verstand zeigen, die Situation neu analysieren und bereit sind, Ihre Positionen nochmals zu überdenken. Sie haben jetzt die Gelegenheit, Ihren Entscheid neu zu zeigen, und wir danken Ihnen, wenn Sie den unseligen Kürzungsan-

trag aufheben und korrigieren. Zeigen Sie der Kantonspolizei Ihre Wertschätzung. Ich verlange

Namensaufruf bei der Abstimmung, wie das schon bei der ersten Abstimmung galt.

Ich habe der Parteileitung der EVP den Antrag gestellt, das Protokoll der Abstimmung aus Transparenzgründen auf den EVP-Webseiten zu publizieren. Fraktionschef Jürg Trachsel wird das ekelhaft und widerlich finden. Das Adjektiv wird üblicherweise im Zusammenhang mit einer anderen Volkspartei verwendet. Wenn es also wirklich zutrifft, lieber Jürg, der nicht vorhanden ist (*Heiterkeit*), dann befinden wir uns ja in guter Gesellschaft. Wir verstehen den Ärger, die SVP kann ihr Wahlkonzept unter dem Thema «Sicherheit» verschrotten.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Peter Ritschard verlangt Namensaufruf. Wir werden darüber am Schluss der Debatte abstimmen, weil wir sonst Probleme mit unserer Anlage bekommen.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Dieser Antrag der vereinten Linken cum BDP ist zynisch (*Heiterkeit*). Ja, er ist zynisch, Sie lachen jetzt schon wieder. Sie haben vorher auch gelacht, als die EDU sich zu diesen riesigen Schäden in der Stadt Zürich geäußert hat, und das passt an und für sich zu dieser Gesinnungshaltung. Sie wissen sehr genau, Damen und Herren Ratsmitglieder der Linken, dass aufgrund dieses Budgetantrags keine einzige Stelle bei der Kapo gestrichen werden muss. Und jetzt machen Sie bitte keine billige Polemik und führen diese unhaltbaren Zustände in der Stadt Zürich von vergangener Freitagnacht an (*Unmutsäußerungen auf der linken Ratsseite*). Es wäre kein Polizist mehr oder weniger ausgerückt. Es war der politische Wille der damaligen SP-Vorstände in der Stadt Zürich und ihrer politischen Erfüllungsgehilfen im Parlament, die Abteilung Staatsschutz der Stadtpolizei, genannt KK3, aufzulösen. Einige Fossile auf linker Seite können sich noch daran erinnern. Die Stadtpolizei hat keine funktionierende Staatsschutzabteilung mehr. Es war der erklärte Willen der Linken, die Abteilung abzuwickeln. Und auch bei der noch bestehenden Rumpfabteilung SIDI (*Sicherheitsdienst*) scheint der linksalternative Sicherheitsvorstand der Stadt keine Prioritäten zu setzen. Markus Späth, Fraktionschef der SP, Sie haben in dieser Sache

die Glaubwürdigkeit wirklich verspielt und endgültig verspielt, das sind Ihre Worte. Denn wenn Sie schauen, was am vergangenen Freitag passiert ist: Ein Polizeiwagen wurde aufgrund eines besorgten Bürgers zur Hauptwache der Feuerwehr dort in der Nähe gerufen. Es gebe eine Zusammenrottung von Leuten. Dieser Streifenwagen wurde massivst angegriffen. In einen Streifenwagen wurde eine brennende Fackel hineingeworfen. Also so, wie ich das als Laie verstehe, ist das ein vorsätzlicher Tötungsversuch, oder? Und dann hat es Leute da drüben, welche noch lachten, als der Vertreter der EDU diese Saubannerzüge und diese Züge gegen Mensch und Leib und Leben verurteilt. Das kann es doch einfach nicht sein, oder? Aufgerufen wurde mittels SMS. Ja, wenn Sie halt keine Abteilung mehr haben, dann wissen Sie von diesem SMS nichts. Und da kommen nicht mehr Leute hin. Und wo war der Polizeivorstand der Stadt Zürich? Er war nicht erreichbar an diesem Abend. Und noch viel schöner: Der Stellvertreter war scheinbar auch nicht sofort zur Stelle. Er ist aus der Grünen Partei. Es sind also Ihre Leute, die scheinbar die politische Führung da nicht wahrgenommen haben. Und die politische Führung hätte ganz sicher, wenn sie sie wahrgenommen hätte, diese Leute in der Langstrasse eingekesselt. «Sack zu!», nennt man das. Und ich sage Ihnen: Wenn es so weitergeht, werden es wieder die guten Zürcher Bauern richten. So wie sie es in Regensdorf gerichtet haben, werden sie es an der Langstrasse unten auch richten. Und dann riecht man nämlich nachher noch, wer dabei war. Ich hoffe nur, dass niemand im Rat dann so riecht am nächsten Tag. Ich danke Ihnen.

Daniel Frei (SP, Niederhasli): Ja, viel wurde zu diesem Thema bereits gesagt. Fakt ist aber, am vergangenen Freitag haben wir einmal mehr erlebt, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist. Und Fakt ist eben auch, dass die Polizei ihre Tätigkeit nicht nur mit salbungsvollen politischen Worten ausüben kann, sondern dass sie dafür eben auch Personal und Material braucht. Vor diesem Hintergrund ist es uns unverständlich, wie man ein Finanzvolumen im Umfang von 20 Kapo-Stellen kürzen kann. Daran, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, ändert auch die Erreichung des Sollbestandes nichts. Wir freuen uns, dass die Kapo den Sollbestand erreicht. Wir wissen aber alle, dass es sich dabei um einen Planungswert aus den Neunzigerjahren handelt und der Kanton in der Zwischenzeit um über 200'000 Personen gewachsen ist. Wennschon müsste man also schon fast über eine weitere Aufstockung sprechen.

Ich bin gespannt, wie die SVP ihren Wählerinnen und Wählern diesen Kürzungsantrag erklären will. Als Partei der selbsternannten Sicherheit. Ich bin auch gespannt, wie die Regierungsratskandidatinnen Steiner (*Silvia Steiner*) und Walker Späh (*Carmen Walker Späh*) das ihren Wählerinnen und Wählern erklären wollen. Wir vonseiten der SP stehen zur Polizei, ich habe es bereits mehrfach gesagt. Wir sprechen nicht nur von Sicherheit, sondern wir handeln danach und sind bereit, der Polizei auch die entsprechenden Ressourcen zu geben. Und an Sie gerichtet, wie heute Morgen schon: Es ist nicht verboten, auch klüger zu werden.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Ich komme mir hier etwas vor wie in dem Film «Und täglich grüsst das Murmeltier», aber offensichtlich muss man auch hier alles viermal wiederholen, bis es gehört und vielleicht sogar einmal verstanden wird. Ich bleibe dabei, dass dieser Rückkommensantrag aus Sicht der FDP eine peinliche Klientelpolitik, gepaart mit äusserst billiger Wahlkampfpropaganda, ist oder, wie es die Chinesen sagen würden, «eine Feuersbrunst für einen Raub ausnützen». Sie alle wissen, dass uns solche Saubannerzüge in Zukunft erspart bleiben würden, dass an einer 1. Mai-Demo keine Fensterscheibe weniger zu Bruch gehen würde, wenn wir diesen Kürzungsbeschluss von 2,7 Millionen aufheben würden. Und Sie wissen auch, dass man mit diesen 2,7 Millionen, die gegenüber einem Gesamtaufwand von rund 600 Millionen einen vernachlässigbaren Anteil von 0,5 Prozent ausmachen, die Sicherheit nicht wesentlich erhöhen kann. Niemand in diesem Saal zweifelt daran, dass die Arbeit der Kapo herausfordernd und wichtig ist, und wir haben in der FDP-Fraktion immer tatkräftig bewiesen, dass uns die Sicherheit am Herzen liegt. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, die sich jetzt plötzlich im Wahlkampf als neue Sicherheitsapostel erfinden, haben wir das nicht nötig. Und ich möchte auch noch einmal daran erinnern: Wir reden hier nicht von einer Einsparung, sondern wir reden von einer Reduktion einer Aufwandsteigerung. Ich weiss, Sie von der linken Seite haben bereits gespart, wenn Sie das Geld nur mit einer Hand zum Fenster rausschmeissen (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*), aber wie gesagt, wir kürzen hier nicht, sondern wir reduzieren den Aufwand. Der Sicherheitsdirektor selbst hat eingeräumt, dass mindestens die Hälfte dieses Betrags auf neue Vergütungsansätze für Nacht-, Sonntags-, Schicht- und auf was weiss ich für Dienste zurückzuführen ist und absolut nichts mit dem Sollbestand zu tun hat. Es muss wegen

dieser Kürzung kein einziger Polizist entlassen werden, es verdient kein einziger Polizist weniger. Von daher gibt es für uns auch keinen Grund, diese Kürzung, die in eine Reihe von Kürzungen zu einer Leistungsmotion eingebettet ist, anders zu behandeln. Denn aus unserer Sicht gilt die Wertschätzung zwar auch den Polizisten, aber ebenso allen anderen Staatsangestellten, wie Lehrer, Krankenpfleger und so weiter, und es gibt keinen Grund, hier eine Ausnahme zu machen. Deshalb haben wir den Rückkommensantrag nicht unterstützt und werden auch die Kürzung nicht aufheben. Besten Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Wir Grünen ändern unsere Haltung nicht aufgrund von aktuellen Ereignissen, das ist auch gar nicht nötig. Wir haben weder die Leistungsmotion noch diese unseligen Budgetanträge der «SVP-Top-Five» unterstützt. Wir bleiben bei unserer Politik. Wir stehen ein für eine glaubwürdige und verlässliche Lohnpolitik für die ganze Verwaltung und da selbstverständlich auch für die Polizisten. Und darum geht es, Beatrix Frey, und um nichts anderes. Da können Sie mit Ihrer Radikalrhetorik, die übrigens äusserst überzogen daherkommt, sagen, was Sie wollen. Wir stehen ein für eine verlässliche Lohnpolitik und nichts anderes. Wir sind gegen die Kürzung und für den Minderheitsantrag. Danke.

Daniel Hodel (GLP, Zürich): Ich habe es schon heute Morgen einmal gesagt, wir Grünliberalen unterstützen diesen Rückkommensantrag nicht. Auch wir verurteilen die Gewaltexzesse vom letzten Freitag aufs Schärfste. Es ist aber auch so, dass nun primär Stadtrat Richard Wolff gefordert ist, die richtigen Schlüsse zu ziehen und Massnahmen einzuleiten. So kann es beispielsweise nicht sein, dass ein Teil dieser Aktivisten als interessante oder spannende Ergänzung der politischen Szene deklariert wird. Dies erschwert die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten auf unmögliche Art und Weise, es schafft primär Unsicherheit. Nun den voreiligen und populistischen Schluss zu ziehen, dass 0,5 Prozent mehr Budget hier eine Verbesserung zu bringen vermag, ist eine Illusion. Es braucht im Moment nicht mehr Geld, sondern klare gesetzliche Grundlagen und klare Bekenntnisse der verantwortlichen Personen. Nebenbei: Als Organisator dieses Saubanners würde ich mich über die Reaktionen und die Medienaufmerksamkeit freuen. Ziel erreicht, das aufgrund von übereifrigen Kantonsräten, grossartig!

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Bevor hier irgendwelche Gerüchte die Runde machen, Frau Kantonsrätin Silvia Steiner ist krank (*Heiterkeit*), nur einfach, damit wir das zur Kenntnis nehmen.

Es ist eine Schweinerei, was am Wochenende in Zürich passiert, ich habe dies zu früher Stunde schon erwähnt. Und ja, die Polizei muss diese Vorkommnisse unbedingt verhindern. Wir verurteilen, was passiert ist, aufs Schärfste. Das Problem der Stadt Zürich mit den Chaoten lässt sich aber mit 2,7 Millionen Franken mehr bei der Kantonspolizei nicht lösen. Das Problem liegt eher in den Köpfen, solange der Schwarze Block in den Augen gewisser Leute eine bunte Ergänzung ist und auch, wenn ich mir gewisse Aussagen von Ladenbetreibern vor Augen führe. Da las ich davon, dass sich jemand entrüstet fragte, warum sogar seine Scheiben eingeschlagen wurden. Es sei doch keine Grossbank und kein Grossverteiler, sondern ein herziges Quartierlädli. Darf ich daraus schliessen, dass es in Zürich Fensterscheiben gibt, die man einschlagen darf, und solche, die man eher nicht einschlagen sollte? Aus unserer Sicht ist eine solche Relativierung das Hauptproblem. Und aus unserer Sicht ist es nicht eine Frage der Mittel, sondern eine Frage der Prioritätensetzung. Denn wenn Sie einen Gewerbler fragen, warum er gebüsst wird, wenn er im Niederdorf fünf Minuten zu lange braucht, um abzuladen, dann hat er kein Verständnis dafür, wenn dann ein paar Stunden später der wütende Mob ungestraft Geschäfte zertrümmert. Ich gebe zu, das sind Hausaufgaben primär der Stadt Zürich. Unsere Hausaufgabe ist das Budget. Und hier haben wir uns von der CVP dazu bekannt: Wir wollen die Ausgaben stabilisieren. Dazu zählen auch die Lohnkosten. Wir wollen die durchschnittlichen Kosten pro Vollzeitstelle stabilisieren. Wir sind der Meinung, dass dies sinnvoll und auch möglich ist. Oder, anders gesagt: Wir können nicht recht nachvollziehen, warum jede Vollzeitstelle jedes Jahr etwas teurer wird. Wir sehen auch nicht ganz ein, warum das bei der Kantonspolizei anders sein sollte als bei den anderen Leistungsgruppen und bei anderen Verwaltungsangestellten. Mir fällt auch auf, dass mit dieser einseitigen Begünstigung der Polizei die anderen Staatsangestellten herabgewürdigt werden. Sind Ihres Erachtens Mitarbeitende in der Bildung oder im Strassenunterhalt weniger wert als die Polizisten? Die CVP wird diesen Antrag nicht unterstützen. Und wir lassen uns auch nicht unterschieben, dass wir der Kantonspolizei die Mittel entziehen wollen. Der Bruttoaufwand beträgt 582 Millionen Franken und 2,7 Millionen sind nicht einmal 0,5 Prozent davon. Im Übrigen: Wenn wir der Polizei wirklich den Rücken stärken wollen,

dann müssen wir die Chaoten spüren lassen, dass ihr Tun gesellschaftlich nicht getragen wird. Hier können Sie, liebe Vertreter der linken Seite, etwas tun. Sie haben am ehesten Zugang zu diesen Kreisen (*laute Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*). Sprechen Sie mal Klartext und relativieren Sie nicht bei jeder Gelegenheit Ihre Position. Das wäre ein echter Beitrag. Besten Dank.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): So langsam wird es ein bisschen peinlich in diesem Rat. Wenn Sie jetzt noch sagen, man solle zum Nachbarn gehen und ihn fragen, ob er in Zukunft nicht mehr demonstrieren möchte. Also wo sind wir hier eigentlich? Wir sprechen davon, dass wir eine Kürzung bei der Kantonspolizei vollzogen haben. Und ich meine, dass wir darüber sprechen, Daniel Hodel, weil wir der Auffassung sind, dass die Umstände, die geschehen sind, so nicht passieren dürfen. Wenn Sie meinen, wir geben dem zu viel Aufmerksamkeit, dann dürfen Sie in Zukunft aber gar nie mehr hier drin eine Fraktionsklärung zu irgendeinem Geschehnis abgeben, das in unserer Umgebung passiert. Soviel ich weiss, machen Sie das auch. Und Beatrix Frey, wenn Sie viermal begründen müssen, ist das nur, weil Sie den Ablauf nicht erkannt haben. Wenn Sie halt zum Rückkommen materiell diskutieren, dann waren Sie einfach zu früh. Sie hätten sich das sparen und jetzt dazu sprechen können, aber lassen wir das. Es ist nicht billig, wenn wir hier über diesen Rückkommensantrag diskutieren, es sind 2,7 Millionen Franken. Und Sicherheit kostet, das wurde gesagt. Jetzt hat aber niemand hier drin gesagt, wir bauen Stellen ab, woher nehmen Sie das eigentlich. Wir haben gesagt, das Volumen entspreche ungefähr 20 Kantonspolizisten. Aber wenn Sie 2,7 Millionen sparen, dann sparen Sie es irgendwo. Das kann bei der Ausrüstung sein, das können weniger Reserven bei Einsätzen für andere sein, das kann an vielen Orten sein. Das kann ich nicht beantworten, das ist Sache des Herrn Regierungsrates (*Mario Fehr*) und des Kommandos, dies später zu entscheiden. Aber wenn Sie streichen, dann kostet das irgendwo einen Ablass an irgendetwas, das man nicht machen kann. Ich glaube, dass es wichtig wäre, wenn wir hier den Fachleuten Raum lassen, dass sie den Einsatz überprüfen, dass sie ihn analysieren, dass sie ihn zwischen politischer Führung und Kommando anschauen, dass sie zwischen Stadt- und Kantonspolizei so koordinieren, dass es optimiert werden kann. Und dann ist es auch noch eine Frage des Vollzugs, da gebe ich Ihnen recht. Aber die Gesetzgebung für den Vollzug machen wir hier drinnen, Sie auch. Wenn wir da Probleme haben,

dann machen wir das. Ich bin einverstanden, sofort, wenn man eine Verschärfung bei der Gewalt gegen Polizei diskutiert und auch umsetzen will. Wenn Sie jetzt aber hier so tun, wie wenn man einfach sparen und dann trotzdem für die Polizei und die Sicherheit sein könne, dann finde ich das billig. Es ist ziemlich billig und es ist nicht so, dass man einzelne Berufsgruppen gegen andere ausspielt. Es ist einfach so, dass wir hier einen aktuellen Bestand haben, und die Kosten pro Einheit werden grösser, wenn wir den Sollbestand bis im Januar 2015 erreichen. Das ist halt so, weil das nicht die billigen Arbeitskräfte sind. Und Frau Frey, Ihnen wurde es mehr als einmal gesagt, wie es ist. Wenn Sie das nicht kapiern, kann ich nichts dafür. Aber es ist so, dass die effektiven Kosten hier – anders als bei anderen – eben ausgewiesen sind, das sollten Sie eigentlich wissen. Also in diesem Sinne freue ich mich, wenn Sie ernsthaft und couragiert sagen: Wir sprechen nicht nur von der Sicherheit und von der Polizei, sondern wir tun auch etwas Gutes dafür.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU spricht die nötigen Mittel für die Polizei und fordert gleichzeitig eine harte Bestrafung für vermummte Chaoten. Vor einer Woche sagten wir «Wir sind für Recht, Sicherheit und Ordnung», dafür sorgt die Polizei. Deshalb haben wir dem Kürzungsantrag, der die Polizei betrifft, nicht zugestimmt. Was die Polizistinnen und Polizisten mit einem Grossaufgebot von Stadtpolizei und Kantonspolizei am vergangenen Freitagabend leisten mussten, hat unsere Haltung bestätigt. Nur eine starke und leistungsfähige Polizei mit motiviertem Personal kann derartige Saubannerzüge in nützlicher Frist unter Kontrolle bringen. Dadurch kann einerseits ein grösserer Schaden verhindert werden und andererseits auch die Sicherheit der betroffenen Bevölkerung gewährleistet werden. Der letzte Freitagabend zeigte, dass die Budgetkürzung bei der Polizei der falsche Ort zum Sparen ist. Vergessen wir eines nicht: Wenn diese Chaoten eine Schwäche der Polizei wittern, häufen sich solche Saubannerzüge. Das will wohl niemand von uns. Geben Sie der Polizei die nötigen Mittel, damit Recht und Ordnung gewährleistet bleibt, und lehnen Sie die Kürzung von 2,7 Millionen ab.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir haben jetzt sehr viele markige Worte hier drin gehört, einen unglaublichen Populismus und ein Novum hier drin. Wir reden jetzt zum dritten Mal innerhalb von vier

Stunden über dasselbe Thema. Das habe ich – ich bin zwar noch kein Fossil im Rat, aber vielleicht ein Fossil – in diesen sieben Jahren noch nie erlebt. Das ist erstaunlich, wenn man vor allem den Anlass zu dieser Diskussion nimmt: Gewalttätige Demonstrationen in der Stadt Zürich sind seit 1968 nichts Neues. Das heisst nicht, dass sie gut sind und dass man so etwas tolerieren muss, das ist ganz klar. Gewalt ist nie ein Mittel in der Politik. Das einzige, was man sich fragen kann, ist, ob das überhaupt etwas Politisches ist, wenn man eine solche Demonstration macht. Aber was wir von Ihnen gehört haben, dieser Aktionismus, geht eben auch nicht. In der Politik muss man ja langfristig planen und nicht ad hoc da schnell irgendetwas aus dem Bauch heraus entscheiden. Sie haben da vom Vermummungsverbot gesprochen, das man endlich durchsetzen muss. Ich möchte Sie daran erinnern: Das Vermummungsverbot existiert seit 1995. Man weiss, es nützt nichts. Die Polizei hat immer gesagt, es sei ein Papiertiger. Dann haben Sie gesagt, man müsse den SMS-Verkehr überwachen. Also wollen Sie das wirklich? Wollen Sie, dass man von Leuten den SMS-Verkehr überwacht? Ein Aufruf für eine Demonstration, die nicht bewilligt ist, ist eine Ordnungswidrigkeit. Deswegen den SMS-Verkehr überwachen, das geht relativ weit. Ebenso wurde dann gesagt, das KK3 sei abgeschafft worden. Ich gehöre noch zu diesen Fossilien, die vom KK3 bespitzelt wurden, Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*), Sie können mal meine Fiche ansehen. Wollen Sie das wirklich, dass wir wieder diesen Fichen-Staat einsetzen oder dass Spitzel in linke Organisationen eingesetzt werden? Das ist das, was Sie verlangt haben. Nun wurde ja der städtische Polizeivorstand angegriffen, Richard Wolff. Auch die AL wurde angegriffen. Es wurde quasi gesagt, der Wolff müsse siebenmal 24 Stunden in der Stadt anwesend sein und zum Rechten zu sorgen. Thomas Vogel hat heute Morgen gesagt, wir seien ja gegen das PJZ gewesen, gegen die Sicherheit. Wer das PJZ in den Sand setzt, ist ja die Regierung, die es nicht fertigbringt, es endlich mal zu bauen. Und wenn sie dann endlich mal baut, dann plant sie alles wieder neu und kommt von ihren Worten ab. Oder dann hat Jürg Trachsel ziemlich viele Worthülsen gesagt, und das Problem daran ist, glaube ich, dass Herr Wolff sehr markante und auch deutliche Worte in den Interviews gebraucht – er hat gestern auf allen Kanälen Interviews gegeben – und klar gesagt hat, was er von diesen gewalttätigen Demonstrationen hält. Er hat auch klar gesagt, dass er sich hinter die Polizei stellt. Das sind klare Worte, die von einem Linken für Sie vielleicht ungewohnt sind. Deshalb kann Ihre Irritation nur so erklärt werden und dass Sie da in

Worthülsen herumgeeiert sind. Aber kommen wir wieder zu Realität zurück, es geht hier schlussendlich um Lohn. Lohn hat mit Wertschätzung zu tun. Es geht hier vor allem auch um die Zulagen, die da implementiert werden wollen, das neue Zulagensystem. Sie wollen ja nicht sagen, die Polizei sei nicht zufriedener, wenn sie da auch die Wertschätzung erhält. Das ist auch ein bisschen diese freisinnige Überheblichkeit, Frau Frey (*Beatrix Frey*), Lohn ist für Sie nichts, oder? Dabei ist Lohn für die Arbeitnehmenden das Zentrale. Es geht hier wirklich darum, dass man eine Anerkennung für den grossen Einsatz bekommt. Und wenn die Polizei Nachtschichten und alle möglichen Überstunden leisten muss, dann braucht sie auch eine angemessene Wertschätzung, darum geht es, und Wertschätzung erhöht auch die Sicherheit.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich dieses Geschäft noch vor der Mittagspause abschliessen möchte.

René Isler (SVP, Winterthur): Vom Finanzteil mal abgesehen, gibt es da gewisse Fragen, die wir uns alle stellen müssen, aber auch gewisse Befürchtungen. Wir sind uns ja einig, dass die Eskalationsstufe einer links-militanten Gewaltwelle, die letzten Freitag über Zürich geschwappt ist, auch bei Ihnen eventuell ein gewisses Unbehagen auslöst. Unbehagen darum, weil doch – Sie mögen jetzt vielleicht süffisant lachen, meine linken Kolleginnen und Kollegen – die Gefahr besteht, dass wir langsam, aber sicher in amerikanische Verhältnisse abdriften, weil das so nicht mehr von der Hand zu weisen ist. Wenn mit Leuchtpetarden, Leuchtraketen, Fackeln in Fahrzeugen auf Polizistinnen und Polizisten physische bis psychische Gewalt ausgeführt wird, dann besteht tatsächlich die Gefahr, dass in extremis von der Notwehr oder Nothilfe mittels einer Schusswaffe Gebrauch gemacht werden muss. Das ist fertig gedacht. Also nein, irgendwann stehen Polizistinnen und Polizisten vor der Situation: Rette ich meine Kollegin oder meinen Kollegen oder muss ich von Notwehr oder Nothilfe Gebrauch machen? Die nächste Frage: Dieses Ereignis hatte in der Stadt Zürich stattgefunden. Wie wir wissen, ist die Stadtpolizei Zürich nicht das grösste, aber eines der grössten Polizeikorps der Schweiz. Und da ist auch eine strukturelle Frage erlaubt, weshalb denn eigentlich vor allem auch die Kantonspolizei Zürich hier die Kastanien aus dem Feuer

holen musste. 2000 Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei Zürich sollten meines Erachtens doch für einen ersten Angriff innerhalb ihrer Stadtgrenze reichen. Und dann noch zu meinem lieben geschätzten Kollegen Daniel Frei, seines Zeichens Präsident der SP des Kantons Zürich: Wenn du dich so vehement für die Polizistinnen und Polizisten einsetzt, dann wäre es schön, wenn du diese Botschaft auch mal nach Winterthur transferieren könntest. In Winterthur stellen wir eigentlich genau das Gegenteil fest. Auch während unserer Sicherheitsinitiative hat sich die linke Ratshälfte im Kanton Zürich wie auch in der Stadt Winterthur mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, dass es mehr Polizisten gibt. Lieber Dani Frei, das ist eine Tatsache. Und noch eine kleine Grussbotschaft auch an den Sicherheitsdirektor: Die Stadtpolizei Winterthur, ein Bestand von 220 Polizistinnen und Polizisten, deckt heute eine Stadt mit gut 115'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ab. Und seit mehreren Jahren werden auch unsere Budgets gekürzt, mitunter unter gütiger Mithilfe der linken Ratsseite. Einfach auf das kommende Jahr eine Einsparung von 1 Million Franken. Also wenn wir im Verhältnis das sparen müssten, was die Kantonspolizei Zürich das nächste Jahr nicht mehr ausgeben dürfte, würden wir vermutlich mit den Knien nach Zürich kriechen. Nichtsdestotrotz, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Ratssaal, ich werde meine Meinung gegenüber der letzten Woche nicht ändern.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Als Polizeivorsteher der Stadt Wädenswil weiss ich, wie wichtig faire Anstellungsbedingungen und die notwendige politische Unterstützung für eine funktionierende Polizeiarbeit sind. Zu den Voten bei der Diskussion um den Rückkommensantrag muss ich deshalb noch die folgenden Punkte anmerken: Jürg Trachsel und Hans Egli, Sie bemängeln die kleine Anzahl an Verhaftungen. Ich bedaure dies auch, bitte Sie jedoch gleichzeitig, die richtige Einsatzstrategie während eines ausserordentlichen Ereignisses der Polizei zu überlassen, denn dies ist definitiv nicht die Aufgabe der Politik. Zudem gilt es anzumerken, dass die Polizei am vergangenen Wochenende eine gute Arbeit geleistet hat und den Mob innert vernünftiger Zeit aufgelöst und somit weitere Zerstörungen verhindert hat. Zu den Aussagen von Beatrix Frey gibt es anzumerken, dass Sie ja erwähnt haben, dass die gekürzten Budgetposten unter anderem Pickett- und Nachtentschädigungen betroffen haben. Nur haben Sie die Wichtigkeit eben genau dieser Entschädigungen nicht erkannt, denn durch die Einsatzbereitschaft weiterer Polizisten, die am entsprechen-

den Abend aufgeboden wurden und somit ihr wohlverdientes Wochenende für unsere Sicherheit unterbrechen mussten, konnte Schlimmeres verhindert werden. Genau ihnen gebührt eine entsprechende Wertschätzung durch eine angemessene finanzielle Entschädigung. Sehr geehrte bürgerliche Sparfront, setzen Sie zusammen mit uns ein Zeichen und machen Sie die Kürzung bei der Kantonspolizei rückgängig. Denn genau damit machen wir den Krawallanten klar, dass ihre Handlungen nicht nur vollkommen abscheulich, sondern auch kontraproduktiv sind. Denn diese Radikalen werden es am meisten bedauern, wenn dank ihrem Krawall das Budget der Kapo doch nicht gekürzt würde. Also, stimmen Sie mit uns und nicht mit den Krawallanten, auch wenn Sie voraussichtlich als SVP am meisten von den Ausschreitungen profitieren und dies auch auf eine unangemessene Art und Weise ausschachten.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Dass Polizisten direkt, persönlich gefährlich angegriffen werden, ist ein neuer Tiefpunkt in dieser Geschichte. Darüber lacht in diesem Rat niemand, schon gar niemand auf unserer Seite (*Unmutsäusserungen auf der rechten Ratsseite*). Ihr könnt das noch so lange behaupten, niemand hat hier drin über diese Vorkommnisse gelacht. Wir danken der Kantonspolizei und der Stadtpolizei für ihren grossen Einsatz. Sie haben Schlimmeres verhütet, effizient und verhältnismässig gearbeitet, soweit man das heute beurteilen kann. Wie aber dankt die SVP für diesen Einsatz? Sie dankt, indem sie kritisiert, und sie dankt zweitens, indem sie im nächsten Jahr 2,7 Millionen bei den Löhnen kürzen will. Und der Gipfel der ganzen Angelegenheit: Man droht dann gleichzeitig mit der Bürgerwehr. Das ist es nämlich, was Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*) uns gesagt hat mit den Bauern, die er dann nach Zürich bringen will. Frau Freys (*Beatrix Frey*) Lippenbekenntnisse zur Polizei nützen niemandem. Es schleckt keine Geiss weg, 2,7 Millionen Lohnkürzungen sind 0,5 Prozent. Wir werden in diesem Rat nur gerade 0,4 Prozent Lohn-erhöhungen für Stufenerhöhungen beschliessen. Da sehen Sie die Dimensionen, die diese Kürzung annimmt. Wir sind zum Glück im 21. Jahrhundert. Niemand hier drin will in die 1930er Jahre mit Bürgerwehren zurück. Zum Glück wird das nicht der Fall sein, und dafür sind wir dankbar.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): «Kollektiv anonym feiern, reclaim the street, heute Abend gehen wir raus in die Strassen, holen uns die Stadt zurück und feiern zusammen eine wilde, unkontrollierte Sause. Gründe dafür gibt es zuhauf. Weil diese Party illegal ist, werden mit Sicherheit die tanzfaulen Miesmacher, die Bullen, auf den Plan kommen. Wer keinen Bock darauf hat, sein Gesicht am nächsten Tag in den Medien zu sehen oder strafrechtlich verfolgt zu werden, für den gibt's heute Abend eine einfache Lösung: Sich ver mummen. Die kollektive Anonymität schützt dich und andere.» So wird in der Stadt Zürich zu Gewalt aufgerufen. Und jetzt zurück zum Budget und zur Kürzung bei der Kantonspolizei. Eine Kürzung von 2,7 Millionen Franken beim Saldo von gut 405 Millionen Franken entspricht 0,67 Prozent und liegt somit in der Budgetgenauigkeit. Werden die Zahlen der vorangegangenen acht Jahre verglichen, dann wurde mit einer durchschnittlichen Genauigkeit von 1,74 Prozent, das heisst von Vorschlag zu Rechnung, bei der Leistungsgruppe 3100 der Kantonspolizei gearbeitet. Eine durchschnittliche Genauigkeit von 1,74 Prozent, wir sprechen von einer Kürzung von 0,67 Prozent. Sie sehen die Relation. Zieht man die Durchschnitte der letzten vier Jahre heran, also die Budgets 2010 bis 2013 bis zur Rechnung 2013, dann beträgt die durchschnittliche Abweichung immer noch 0,33 Prozent, das heisst ein Drittel Prozent. Die Kantonspolizei budgetiert also gut. Wenn man die einzelnen Jahre anschaut – ich kann Beispiele nennen –, für die Leistungsgruppe 3100 bewilligt: 351,1 Millionen Franken. Rechnung 2011, wurde hier im Kantonsrat auch bewilligt, die Kantonspolizei hat mit 347 Millionen Franken abgeschlossen, das heisst 3,3 Millionen Franken besser, als budgetiert. Das ist eine Abweichung von 1 Prozent. Sie können auch das Budgetjahr 2013 und das Rechnungsjahr 2013 nehmen, dort beträgt die Abweichung auch 0,3 Prozent. Sie sehen, die Kantonspolizei kann auch mit einem Minderaufwand leben und die jetzige Kürzung betrifft nicht eine Lohnkürzung, sondern eine Aufwandsteigerung, die nicht erfolgt. Also ist sie machbar und im Raum der Budgetgenauigkeit der letzten Jahre wird sie aufgegessen, ohne dass im Korps irgendetwas spürbar wird, es sei denn die politische Führung will, dass das Korps das spürt. Und wenn die politische Führung das möchte, dann liegt es an der Direktion und ich denke, Mario Fehr hat kein Interesse daran, das Korps dies spüren zu lassen. Also kann er die Budgetgenauigkeit einhalten und diese 0,67 Prozent sparen, ohne dass die Mannschaft darunter leidet. Jeder, der behauptet, diese Einsparung sei unmöglich ohne einschneidende Massnahmen

umzusetzen, der verkennt diese Fakten. Der Kürzungsantrag ist also keine Schwächung der Kantonspolizei und ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Markus Späth und Markus Bischoff haben gesagt, beim Personal der Polizei werde gespart. Das ist falsch, das ist grundfalsch. Es wird kein einziger Franken bei der Polizei gespart. Markus Bischoff weiss es ganz genau, wir hatten eine Minusteuerung. Und wenn man dann nicht mehr gibt, dann ist das nicht gespart, erster Punkt. Zweiter Punkt, Markus Bischoff und einige seiner linken Trabanten (*Heiterkeit*), Wertschätzung besteht nicht allein aus Lohn. Aber das können Sie auf der linken Seite ja kaum beurteilen, Markus, du schon gar nicht da hinten (*gemeint ist Markus Späth*), weil die meisten von euch noch nie Personal geführt haben (*Protest von der linken Ratsseite*). Ja, so ist es, da kannst du «oh» rufen, soviel du willst! Zu Herrn Wolff und den Linken: Markus Bischoff hat gesagt, Herr Wolff (*Stadtrat Richard Wolff*) habe sich hinter die Polizei gestellt. Notwendig wäre es, dass man sich vor die Polizei stellt, das ist Glaubwürdigkeit (*lautes Gejohle auf beiden Ratsseiten*) und die fehlt Ihnen auf der ganzen Linie. Die Linken haben eine Ausnahme und die sitzt hier oben, das ist Mario Fehr. Der hätte sich vor die Polizei gestellt. Ich bin fertig.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Ich habe noch zwei Argumente, die ich unbedingt loswerden muss, entschuldigen Sie bitte, dass ich mich noch melde. Zwei Richtigstellungen: Die eine betrifft das Vermummungsverbot und die andere betrifft die Doppelmoral in diesem Saal. Zum Vermummungsverbot ist es so, dass es zwar ein Vermummungsverbot gibt im Zusammenhang mit Demonstrationen. Es gibt hingegen kein generelles Vermummungsverbot im öffentlichen Raum. Unsere parlamentarische Initiative, die wir heute einreichen, will genau dies, dass im öffentlichen Raum ein Vermummungsverbot besteht. Das ist ein wichtiges Zeichen, das wir setzen müssen, ganz klar gegen Vermummte, gegen Chaotikum, insbesondere in der Stadt Zürich. Vor einer Woche habe ich mich mit meinem Eintretensvotum ganz klar auch gegen die links-grün dominierten Städte und die Philosophie, die Sie haben, gewehrt. Vor allem die Vertreter der links-grünen Seite haben sich zum Beispiel auch gegen Taser, gegen Gummischrot ausgesprochen. Von daher ist es schon ein bisschen peinlich, wie Sie sich

heute hinter Herrn Fehr (*Regierungsrat Mario Fehr*) stellen. Das ist zwar klar, das müssen sie machen. Aber dass Sie die bürgerliche Ratsseite heute angreifen, ist nicht in Ordnung. Das andere ist auch die Doppelmoral im Zusammenhang mit dem PJZ, wo die SP dieses unterstützt, aber den Deal gemacht hat, die Polizei dürfe dann aber auf keinen Fall in der Kaserne bleiben. Wir freuen uns, wenn die Polizei in der Kaserne bleibt, denn dann wird dafür geschaut, dass dort vor Ort auch die nötigen Polizeikräfte vorhanden sind. Es war also ein fauler Deal, den Sie da machten, das kann man nicht unterstützen. Zur bürgerlichen Ratsseite möchte ich einfach noch sagen, dass ich den Eindruck habe, dass wir heute wirklich die einzige glaubwürdige Fraktion sind zu diesem Thema. Es ist einfach so: Wir haben uns von Anfang an für mehr Sicherheit in diesem Kanton ausgesprochen. Das machen wir heute auch. Wir stellen auch die nötigen Mittel zur Verfügung, die es eben braucht. Es ist für uns auch eine Frage der Wertschätzung der Polizei und ihres Einsatzes. Es ist so, dass uns hier die nötigen Mittel für die Polizei, damit sie die nötige Stärke hat, wichtiger sind als das Geld, das man dafür auslegen muss. Und wenn Sie hier das Geld stärker gewichten, dann tut es mir einfach leid.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich wurde von Kollegen gebeten, als FIKO-Mitglied aus der SVP diesen Antrag nochmals zu erläutern, und zwar ganz einfach, weil so viel Kraut und Rüben durcheinander gemischt wurde hier drin und man gar nicht zu diesem Antrag, sondern zu irgendeiner Kürzung gesprochen hat, die gar nicht im Raum steht. Ich möchte nochmals sagen: Wir haben in jeder Leistungsgruppe, unabhängig davon, wen es trifft, überall dort, wo die Lohnsumme pro Kopf mehr als die im Budget eingestellte Teuerung von 0,2 Prozent beträgt, den gleichen Antrag gestellt – über alle Leistungsgruppen hinweg. Es ist bei der Kantonspolizei nichts Ausserordentliches. Pro Kopf bedeutet das, dass Sie jede Anzahl zusätzlicher Stellen planen und budgetieren könnten. Sie könnten auch die Lohnsumme entsprechend erhöhen, sie wäre pro Kopf nicht hochgegangen, weil nämlich die Lohnsumme, geteilt durch die Anzahl der Köpfe, noch die gleiche Lohnsumme pro Kopf ist. Wir hätten den Antrag nicht gestellt von der FIKO. Und die Teuerung ist auch noch eingerechnet. Also die Polizisten, die jahrelang zum Teil keinen Teuerungsausgleich gesehen haben, müssten nächstes Jahr einen Teuerungsausgleich sehen, und das wäre eine Wertschätzung, wenn dieses Geld dann auch ihnen zugesprochen würde. Aber wenn wir jetzt den

KEF und das Budget für das nächste Jahr anschauen, dann stellen Sie Folgendes fest: Die Anzahl Stellen im Budget ist 20 weniger, als letztes Jahr eingestellt. Der SP-Sicherheitsdirektor, die Regierung hat 20 Polizisten weniger im Budget budgetiert und trotzdem geht die Lohnsumme 4,5 Millionen hoch nächstes Jahr. Von diesen 4,5 Millionen nehmen wir jetzt das, was die Lohnsumme pro Kopf über den Teuerungsausgleich betrifft, weg. Damit geht die Lohnsumme immer noch hoch, es ist also falsch, wenn man hier von einer Kürzung spricht, es ist komplett falsch. Es steht sogar im KEF, wofür die Regierung das möchte. Sie sagt, es gehe um Sonntagsarbeit, um Nacharbeit, neue Vergütungssätze, Schichtarbeit, neue Vergütungssätze bei Pikettendienst. Ich sage Ihnen auch etwas: Wenn die Anzahl Stellen noch erhöht worden wäre – bei 4,5 mehr Lohnsumme die Anzahl Stellen erhöht –, dann wäre die Lohnsumme pro Kopf nicht einmal gestiegen, sie wäre nicht gestiegen. Sie hätten 4,5 Millionen mehr Lohnsumme einstellen können. Sie hätten auch für die 2,5 Millionen, die wir wegkürzen können, mehr Stellen schaffen können. Dann hätten wir diesen Antrag nicht gestellt, es gäbe mehr Polizisten und der einzelne Polizist wäre entlastet. Aber es geht nicht um das. Hier wird irgendwo mehr verdient, das nichts mit der Anzahl Stellen zu tun hat, das nichts mit der Teuerung zu tun hat, und dieses Mehr haben wir bei allen Direktionen, bei allen Leistungsgruppen weggekürzt, überall der gleiche Antrag.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich glaube, zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass niemand hier drinnen die Krawalle des letzten Wochenendes gut gefunden hat, dass niemand hier drinnen die Gewalttaten gutgeheissen hat, dass alle hier drinnen diese Gewalttaten scharf verurteilt haben. Ich glaube, das ist der Konsens der Demokraten, dass so etwas festgestellt werden muss. Ich würde noch einen Schritt weiter gehen. Die Neue Zürcher Zeitung hat heute von Idioten geschrieben, sie hat von linksautonomen Hitzköpfen geschrieben. Für mich ist es ein bisschen einfacher, für mich sind Leute, die andere Leute an Leib und Leben gefährden, die Polizisten angreifen, die Polizisten verletzen, die Menschen bewusst Schaden zufügen, das sind für mich einfach Verbrecher und das darf man dann auch da sagen. Ich finde diesen Konsens der Demokraten gut. Ich finde gut, dass alle das verurteilt haben. Ich verstehe nicht, dass Sie nachher nicht die richtigen Schlüsse daraus ziehen, und ich will Ihnen gern sagen, was die Kantonspolizei für die Sicherheit in diesem Kanton leistet. In freier Anlehnung an

ein Bibelzitat hilft ja der Herr bekanntlich nur denjenigen, die wissen, was sie tun. Wenn Sie also hier kürzen wollen, dann sollten Sie wissen, was Sie wegekürzen, wieso Sie es machen. Herr Kyburz (*Heinz Kyburz*), das war das Zitat «Hilf ihnen, Herr, denn sie wissen nicht, was sie tun», ein bisschen abgeändert (*Heiterkeit*), der Herr hilft nur denjenigen, die wissen, was sie tun, das gilt auch hier für diese Ratsseite. Die Kantonspolizei ist für weit mehr Sicherheitsbelange in dieser Stadt verantwortlich, als Sie vielleicht gemeinhin annehmen. Wir haben die Verantwortung am Hauptbahnhof, wir sind in der Kaserne, wir haben hier einen Rathausposten und die Kantonspolizei hilft immer dann mit, wenn es grössere Anlässe zu bewältigen gibt, beispielsweise am 1. Mai, wo die Kantonspolizei die Hälfte der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten stellt, bei allen Hochrisikospiele und immer dann, wenn die Sicherheit in dieser Stadt gefährdet ist. Diese Zusammenarbeit ist sehr gut. Sie ist erprobt, sie ist auch sinnvoll. Denn wenn sie diese Zusammenarbeit nicht hätten, dann müssten sie das Stadtpolizeikorps noch weiter aufstocken. Deshalb war die Kantonspolizei bei den letzten Ausschreitungen im Zusammenhang mit diesen Gruppierungen, die diese Ausschreitungen am Freitag provoziert haben, am Bellevue und am Central im Einsatz und auch am Freitag. In Zahlen ist es so, dass rund 50 Kantonspolizistinnen und Kantonspolizisten im Einsatz waren. Das Kommando hatte der Chef der Sicherheitspolizei der Kantonspolizei, Major Bruno Keller. Viele dieser Polizisten – einfach damit Sie wissen, wovon wir sprechen –, viele dieser Polizisten waren schon zu Hause, haben zum Teil geschlafen, haben sonst irgendetwas gemacht, und innerhalb einer halben Stunde waren 50 Polizistinnen und Polizisten der Kantonspolizei vor Ort. Ich sage Ihnen noch eines: Wenn sie nicht in dieser kurzen Zeit vor Ort gewesen wären, wäre der Sachschaden, der Personenschaden, der Schaden in dieser Stadt noch weit grösser gewesen. Ich danke ausdrücklich Stadt- und Kantonspolizei für diese hervorragende Zusammenarbeit.

Und jetzt muss ich Ihnen sagen, dass vieles im Leben gratis ist, und es gibt auch Leute, die sagen, dass man die besten Sachen umsonst bekommt – ich glaube, das stimmt –, aber bei der Sicherheit ist es nicht so. Gerade diese Einsätze sind extrem personalintensiv. Und genau diese Einsätze dauern länger. Sie führen zu längeren Arbeitszeiten, sie führen zu Überzeiten, sie führen zu Zulagen. Und ich glaube, niemand hier drinnen will diesen Polizistinnen und Polizisten das Recht auf diese Entlohnung absprechen. Frau Frey (*Beatrix Frey*) hat zu Recht

darauf hingewiesen, dass ich gesagt habe, dass die Hälfte dieser 2,7 Millionen genau solche Zulagen beschlägt, genau solche Einsätze. Sie müssen sich also schon gut überlegen, welches politische Zeichen Sie hier und heute aussenden. Was wollen Sie denn den Polizistinnen und Polizisten wirklich sagen? Was wollen Sie den Menschen, die hier in dieser Stadt wohnen, in diesem Kanton, die Sicherheit von Ihnen, von mir fordern, was wollen Sie diesen Menschen sagen? Wollen Sie wirklich sagen, dass es nicht so darauf ankommt, was man budgetiert? Wollen Sie wirklich unsere Fähigkeit infrage stellen, wenn wir Sie denn ernst nehmen? Und das tue ich, ich gehöre nicht zu den Regierungsräten, die – solche Regierungsräte gibt es im Kanton Zürich sowieso nicht, aber ausserhalb –, ich gehöre nicht zu den Regierungsräten, die ihre Sparaufträge einfach ignorieren. Und wenn Sie mir 2,7 Millionen wegsparen, dann können Sie doch hier nicht ernsthaft in der Debatte behaupten, Sie wollen, dass nichts passiert. Wenn Sie mir 2,7 Millionen bei den Löhnen wegsparen, dann wollen Sie doch, dass etwas passiert. Was passieren kann, das muss ich Ihnen ganz klar sagen: Diese Kürzung wird unsere Fähigkeit mindern, bei Grossanlässen mit sehr grossen Kontingenten dabei zu sein. Ich spreche vom WEF (*World Economic Forum*), ich spreche von der OSZE-Konferenz und ich spreche auch von solchen Einsätzen. Wenn Sie das nicht finden, wenn Sie finden, ich müsste nichts machen und ich solle einfach so weitermachen wie bisher, dann frage ich Sie, wieso Sie dann diese Kürzung vornehmen. Im Kern – ich glaube, das hat sich schon ein bisschen verändert seit letzter Woche, und ich glaube, die Ernsthaftigkeit dieser Debatte hat das auch aufgezeigt –, im Kern geht es darum, was für ein Zeichen Sie hier und heute politisch setzen. Stützen Sie diejenigen Familienväter, Familienmütter, die in ihrer Freizeit und ganz konkret – und nicht wie Sie, Herr Amrein (*Hans-Peter Amrein*), heute Morgen in der warmen Stube ein bisschen über die Polizei diskutieren –, die ganz konkret diese Arbeit vor Ort ausführen. Ich muss Ihnen sagen, Herr Amrein, dieser Einsatz am Freitag hat den Rahmen gesprengt. «All cops are bastards», wenn Sie mit solchen Leuten zu tun haben, wenn Sie mit solchen Verbrechern zu tun haben, dann, glaube ich, braucht es ein politisches Zeichen. Der geehrte Kantonsrat aus Kilchberg (*Arnold Suter*) hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ich mich vor die Polizei stelle. Tun Sie das auch, meine Damen und Herren.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Wir kommen nun zu zwei Abstimmungen hintereinander, und zwar hat Kantonsrat Peter Ritschard Namensaufruf beantragt, hierzu braucht es 20 Stimmen.

Abstimmung

Für den Antrag, eine Namensabstimmung durchzuführen, stimmen deutlich mehr als 20 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum erreicht. Es wird eine Namensabstimmung durchgeführt.

Namensabstimmung

Für den Antrag 15 stimmen folgende 89 Ratsmitglieder:

Albanese Franco (CVP, Winterthur); Amacker Bruno (SVP, Zürich); Amrein Hans-Peter (SVP, Küsnacht); Bachmann Ernst (SVP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bellaiche Judith (GLP, Kilchberg); Berger Antoine (FDP, Kilchberg); Bollinger Erich (SVP, Rafz); Borer Anita (SVP, Uster); Bürgin Yvonne (CVP, Rüti); Burtscher Rochus (SVP, Dietikon); Camenisch Linda (FDP, Bülach); Dalcher Pierre (SVP, Schlieren); Erdin Andreas (GLP, Wetzikon); Farner Martin (FDP, Oberstammheim); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Ruth (SVP, Wald); Frey Beatrix (FDP, Meilen); Furrer Astrid (FDP, Wädenswil); Fürst Reinhard (SVP, Illnau-Effretikon); Gantner Alex (FDP, Maur); Geistlich Andreas (FDP, Schlieren); Gutknecht René (GLP, Urdorf); Gutmann Eva (GLP, Zürich); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Haller Margrit (SVP, Kilchberg); Hänni Cäcilia (FDP, Zürich); Hasler Andreas (GLP, Illnau-Effretikon); Haug Hanspeter (SVP, Weiningen); Hauri Andreas (GLP, Zürich); Hauser Matthias (SVP, Hüntwangen); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hodel Daniel (GLP, Zürich); Hofmann Olivier (FDP, Hausen a. A.); Huber Beat (SVP, Buchs); Huber Stefanie (GLP, Dübendorf); Kull Katharina (FDP, Zollikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kutter Philipp (CVP, Wädenswil); Langhard Walter (SVP, Winterthur); Langhart Konrad (SVP, Oberstammheim); Lucek Christian (SVP, Dänikon); Mäder Jörg (GLP, Opfikon); Menzi Ruedi (SVP, Rüti); Mettler Christian (SVP, Zürich); Pinto Jean-Philippe (CVP, Volketswil); Preisig Peter (SVP, Hinwil); Rappazzo Pierre (GLP, Wädenswil); Rath Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Rinderknecht Margreth (SVP, Wallisellen); Rueff Sonja (FDP, Zürich); Sauter Regine (FDP, Zürich); Schaffner Barbara (GLP, Otelfingen); Scheck Roland (SVP, Zürich); Scherrer Moser Benno (GLP,

Uster); Scherrer Werner (FDP, Bülach); Schmid Lorenz (CVP, Männedorf); Schneebeli Jakob (SVP, Affoltern a. A.); Schwab Daniel (FDP, Zürich); Schwarzenbach Beni (GLP, Zürich); Steinemann Barbara (SVP, Regensdorf); Sulser Jürg (SVP, Otelfingen); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Thomet Corinne (CVP, Kloten); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Uhlmann Peter (SVP, Dinhard); Vogel Thomas (FDP, Illnau-Effretikon); Vogt Hans-Ueli (SVP, Zürich); Vollenweider Peter (FDP, Stäfa); von Planta Cyrill (GLP, Zürich); Wahlen Denise (GLP, Zürich); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weber Theresia (SVP, Uetikon a. S.); Weibel Katharina (FDP, Seuzach); Wettstein Sabine (FDP, Uster); Widler Josef (CVP, Zürich); Wiederkehr Josef (CVP, Dietikon); Wiesner Hans (GLP, Bonstetten); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wirth Thomas (GLP, Hombrechtikon); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Zanetti Claudio (SVP, Gossau); Zeugin Michael (GLP, Winterthur); Ziegler Christoph (GLP, Elgg); Zimmermann Rolf (SVP, Zumikon); Zuber Martin (SVP, Waltalingen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich).

Für den Minderheitsantrag 15a stimmen folgende 79 Ratsmitglieder:

Agosti Monn Theres (SP, Turbenthal); Altwegg Jürg (Grüne, Winterthur); Barrile Angelo (SP, Zürich); Bartal Isabel (SP, Zürich); Bischoff Markus (AL, Zürich); Bloch Beat (CSP, Zürich); Brunner Robert (Grüne, Steinmaur); Büchi Renate (SP, Richterswil); Bussmann Barbara (SP, Volketswil); Bütikofer Kaspar (AL, Zürich); Daurù Andreas (SP, Winterthur); Dietschi Urs (Grüne, Lindau); Egli Hans (EDU, Steinmaur); Egli Karin (SVP, Elgg); Egli Ursina (SP, Stäfa); Erni Jonas (SP, Wädenswil); Feldmann Stefan (SP, Uster); Fenner Bruno (BDP, Dübendorf); Ferro Ornella (Grüne, Uster); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frei Daniel (SP, Niederhasli); Göldi Hanspeter (SP, Meilen); Gschwind Benedikt (SP, Zürich); Gugger Nick (EVP, Winterthur); Gut Astrid (BDP, Wallisellen); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hans Urs (Grüne, Turbenthal); Häring Hans Peter (EDU, Wettswil a. A.); Häusler Edith (Grüne, Kilchberg); Heierli Daniel (Grüne, Zürich); Hoesch Felix (SP, Zürich); Hofer Jacqueline (SVP, Dübendorf); Homberger Max (Grüne, Wetzikon); Hunger Stefan (BDP, Mönchaltorf); Isler René (SVP, Winterthur); Joss Rosmarie (SP, Dietikon); Kaeser Regula (Grüne, Kloten); Katumba Andrew (SP, Zürich); Keller Cornelia (BDP, Gossau); Keller Rolando (SVP, Winterthur); Kyburz Heinz (EDU, Männedorf); Lais Ruedi (SP, Wal-

lisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Läubli Hans (Grüne, Affoltern a. A.); Lenggenhager Marcel (BDP, Gossau); Ljuboje Patricia (Grüne, Urdorf); Loss Davide (SP, Adliswil); Margreiter Ralf (Grüne, Zürich); Marthaler Thomas (SP, Zürich); Marti Res (Grüne, Zürich); Matter Sylvie (SP, Zürich); Meyer Mattea (SP, Winterthur); Munz Roland (SP, Zürich); Neukom Martin (Grüne, Winterthur); Peter Jacqueline (SP, Zürich); Petri Gabi (Grüne, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Ritschard Peter (EVP, Zürich); Rohweder Maria (Grüne, Männedorf); Schaaf Markus (EVP, Zell); Seiler Graf Priska (SP, Kloten); Seiz Silvia (SP, Zürich); Sieber Hirschi Sabine (SP, Sternenberg); Späth Markus (SP, Feuerthalen); Spillmann Moritz (SP, Ottenbach); Stampfli Michael (SP, Winterthur); Steiner Kathy (Grüne, Zürich); Steiner Rafael (SP, Winterthur); Steiner Rolf (SP, Dietikon); Steinmann Armin (SVP, Adliswil); Stofer Judith (AL, Zürich); Stucker Rolf (SVP, Zürich); Stutz Peter (SP, Embrach); Vontobel Erich (EDU, Bubikon); Welz Michael (EDU, Oberembrach); Wicki Monika (SP, Wald); Widmer Céline (SP, Zürich); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zoltinger Johannes (EVP, Wädenswil).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 4 Ratsmitglieder:

Moor Ursula (SVP, Höri); Schmid Claudio (SVP, Bülach); Schmid Roman (SVP, Opfikon); Wyss Orlando (SVP, Dübendorf).

Abwesend sind folgende 7 Ratsmitglieder:

Arnold Martin (SVP, Oberrieden); Brazerol Rico (BDP, Horgen); Haab Martin (SVP, Mettmenstetten); Isliker Walter (SVP, Zürich); Kläy Dieter (FDP, Winterthur); Schoch Walter (EVP, Bauma); Steiner Silvia (CVP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss die Ratspräsidentin/der Ratspräsident.

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 79 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Antrag 15 der FIKO zuzustimmen. Damit ist die Verbesserung von 2'732'000 beschlossen.

Ratspräsidentin Brigitta Johner: Ich möchte Sie noch darauf aufmerksam machen, dass wir uns heute Nachmittag um 14.30 Uhr wiederse-

hen und dann die Geschäfte der Bildungsdirektion, die Leistungsgruppe 7406, den Antrag 67 weiter beraten werden. Guten Appetit.

Die Beratung der Vorlage 5124b wird abgebrochen. Fortsetzung an der Nachmittagssitzung.

Schluss der Sitzung: 12.35 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 15. Dezember 2014

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 12. Januar 2015.